

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

4. Sitzung vom 28. April 2014 von 19.00 bis 22.45 Uhr Casino Wohlen

Vorsitz: Ariane Gregor, Präsidentin

Protokollführung: Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat von 19.00 bis 19.08 Uhr**
Mitglieder des Einwohnerrates: 37
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 25

Einwohnerrat von 19.08 bis 19.11 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrates: 38
Absolutes Mehr: 20
Zweidrittelsmehr: 26

Einwohnerrat von 19.11 bis 22.45 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrates: 39
Absolutes Mehr: 20
Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat
Walter Dubler, Gemeindeammann
Paul Huwiler, Vizeammann
Bruno Breitschmid, Gemeinderat
Ruedi Donat, Gemeinderat
Urs Kuhn, Gemeinderat
Arsène Perroud, Gemeinderat
Markus Gsell, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Nicole Imfeld, Leiterin Abt. Planung, Bau und Umwelt
Florian Püntener, Abt. Planung, Bau und Umwelt
René Bossert, Leiter Bereich Informatik
Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege
Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz

Entschuldigungen

Harry Lütolf, CVP (anwesend ab 19.08 Uhr)
Stephan Suter, SP (anwesend ab 19.11 Uhr)
Samuel Keller, FDP

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Jahresbericht der Schule Wohlen 2012/2013 (13005)
3. Bericht und Antrag 13006 Künftige Aufteilung der Betriebskosten sowie die Beteiligung an den Erneuerungskosten für das Sportzentrum Niedermatten
4. Antwort zur Anfrage 12112 der Einwohnerratsfraktion SVP Wohlen-Anglikon betreffend Betriebsreglement Sportzentrum Niedermatten Wohlen
5. Bericht und Antrag 13007 Bereich Informatik – zweite Beantragung Stellenausbau
6. Motion 13003 betreffend Haushälterische Nutzung des Baugebiets durch Erhöhung der Gebäude- und Firshöhen in der Kernzone
7. Postulat 13004 betreffend Haushälterische Nutzung des Baugebiets durch Schaffung von Hochhaus-Zonen

Gregor Ariane, Präsidentin:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 24. März 2014 zu verzeichnen:

- Antwort zur Anfrage 12112 betreffend Betriebsreglement Sportzentrum Niedermatten Wohlen
- Bericht und Antrag 13006 betreffend künftige Aufteilung der Betriebskosten sowie der Beteiligung an den Erneuerungskosten für das Sportzentrum Niedermatten
- Bericht und Antrag 13007 Bereich Informatik – zweite Beantragung Stellenausbau
- Einladung zur 4. Einwohnerratssitzung von heute
- Motion 13008 betreffend Neuregelung der Finanzkompetenzen des Gemeinderates
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Wohlen (13009)

Es liegt auf:

- Anfrage 13010 der CVP Fraktion betreffend Eishalle und Badi

Rücktritte

Verliert das Rücktrittschreiben von Eric Lütolf, CVP, aus dem Einwohnerrat.

Verliert das Rücktrittschreiben von Hans Hufschmid, CVP, aus der Einbürgerungskommission.

Wille Franz, GPK: Ich spreche über den Jahresbericht 2012/13. Er ist ein immer wieder gleich aufgebautes und damit vergleichbares Dokument und eine Zusammenfassung des vergangenen Schuljahres für die Öffentlichkeit, Behörden, Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen.

Wir behandeln den Jahresbericht neun Monate nach Ende des Schuljahres, das ist zu spät. Dass heuer ein Zusatzbericht fehlt, wurde damit begründet, dass der aktuelle Jahresbericht schneller erstellt worden sei als in den Vorjahren. Mindestens für den letzten Jahresbericht trifft das nicht zu. Wir haben ihn damals am 25. Februar behandelt, also zwei Monate früher. Hingegen ist es richtig, dass an der Orientierung des Einwohnerrates über die Schule Wohlen am 19. März, über jene Punkte orientiert wurde, welche sonst Gegenstand des Zusatzberichtes gewesen wären, weshalb auf den Zusatzbericht verzichtet werden kann.

Ich appelliere an die Verantwortlichen, die nötigen Massnahmen zu treffen, dass der Bericht, wenn immer möglich, noch im Kalenderjahr behandelt werden kann, in welchem das Schuljahr endet. Ende Schuljahr sind alle Zahlen und Fakten bekannt. Einigen Berichten ist anzumerken, dass sie schon vor den Herbstferien geschrieben wurden. Redaktion, Produktion und politische Beratung dürfen nicht so viel Zeit beanspruchen.

Vorab ist festzustellen, dass der Bericht erschöpfend, ehrlich und übersichtlich Auskunft über die Schule Wohlen gibt. Insgesamt zeigt sich ein erfreuliches Bild der Wohler Schule, die auch eine wichtige regionale Schule ist.

Es ist nicht die Aufgabe des GPK-Sprechers, den Bericht nochmals zusammenzufassen. Ich werde nur zu wenigen Punkten etwas Zusätzliches sagen und darüber informieren, welche Probleme und Fragen in der GPK zusätzlich angesprochen wurden.

IS: Integrative Schulung

Hier ergab sich in der GPK eine leicht kontroverse Diskussion. Sicher ist, dass die Einführung von IS und die Evaluation Sache der Schule ist. Der Einwohnerrat hat hier keine Kompetenzen. Die Erfahrungen stimmen insgesamt zuversichtlich. Wenn bei IS Vorbehalte gemeldet werden, ist das nicht allein ein Wohler Problem. Die Sparbemühungen des Kantons reduzieren die nötigen Ressourcen. Am meisten betroffen ist davon die Realschule.

PKI: Pädagogisches Konzept Informatik

Dieses zeigt auf, was auf welcher Stufe im Bereich Informatik behandelt wird. Alle Lehrpersonen vermitteln auf den jeweiligen Schulstufen die gleiche Ausbildung. Das ist wichtig bei Schulwechseln und Übertritten, beispielsweise in die Oberstufe.

Finanzen

Der Begriff Pauschalbudget ist da falsch. Richtig müsste es Globalbudget heissen. Im Übrigen wurde in der GPK mit Bedauern festgestellt, dass die Sparbemühungen der Gemeinde zu einer Kürzung der Beiträge für Schulreisen und Lager geführt haben.

Ausblick

Eine Aktualisierung: Das Pilotprojekt TrainSS (Training der Selbst- und Sozialkompetenz) verläuft bislang erfolgreich.

Schülerzahlen Kindergarten

Auffällig ist die markante Zunahme von 139 Kindern im zweiten Jahr auf 172 Kinder im ersten Jahr. Solche Schwankungen verursachen ein bis zwei zusätzliche Abteilungen, erschweren die Schul(raum)planung und ziehen sich durch alle folgenden elf Schuljahre weiter. Eine teilweise Erklärung dafür ist, dass der Jahrgang, wegen Verschiebung des Einschulungsalters, dreizehn Monate umfasst.

Auswärtige Schülerinnen und Schüler

Die Tabelle zeigt die Bedeutung der Schule Wohlen als regionales Schulzentrum vor allem für die Oberstufe. Schön wäre allerdings, wenn man auch in Wohlen daran denken würde, dass Hilfikon 2010 mit Villmergen fusioniert hat.

Lehrmittel

Kontrovers wurde in der GPK auch die Qualität und der Umfang der Lehrmittel beurteilt. Die Lehrmittel richten sich nach dem Lehrplan, sind in der Regel zeitgemäss und interkantonal. Wichtig ist, dass innerhalb der Schule Wohlen die Lehrmittel koordiniert verwendet werden, damit Übertritte und Klassenwechsel erleichtert werden.

Lehrpersonenmangel

Noch immer bereitet es Mühe, die genügende Anzahl stufengemäss ausgebildeter Lehrpersonen zu finden. Das hat auch damit zu tun, dass die Zahl jener, die 100% unterrichten, ab- und die Zahl der Teilzeitpensen zunimmt.

Zu den Themen Schulraumplanung, Schulevaluation, Informatik, Musikschule, Schulbudget und Umsetzung „Stärkung der Volksschule Aargau“ verweise ich auf die sehr informative Veranstaltung, welche Schulpflege und Schulleitungen extra für den Einwohnerrat durchgeführt haben.

Die übrigen Themen und Teilbereiche des Schulberichtes wurden ohne Diskussionen und Fragen zur Kenntnis genommen und werden deshalb hier nicht separat erwähnt. Das spricht für die Qualität des Berichtes.

Die GPK hat den Jahresbericht der Schule Wohlen 2012/2013 zur Kenntnis genommen und beantragt dies auch dem Einwohnerrat.

Zum Schluss des Berichtes ist es mir ein echtes Bedürfnis, allen Beteiligten und Mitwirkenden an der Schule Wohlen, den Behörden, den Leitungspersonen, den Lehrerinnen und Lehrern, dem Personal in der Schuladministration und im Gebäudeunterhalt sehr herzlich für ihren grossen Einsatz und ihre gute Arbeit zu danken. Mein Dank geht auch an die fleissigen Schülerinnen und Schüler und nicht zuletzt auch an die Steuerzahler und Stimmberechtigten, für ihr Verständnis für die Belange der Schule. Wer an der Schule und für die Schule arbeitet, tut dies für die kommende Generation und von dieser hängt unsere Zukunft ab.

Fraktionsmeinungen

Suter Stephan, SP: Wir danken den Verfassern des Berichtes und nehmen ihn an. Er ist interessant gestaltet und vor allem für die Öffentlichkeit, sprich die Schüler und Eltern, ist damit ein guter Jahresrückblick möglich. Es wird sichtbar, was eigentlich das ganze Jahr über passiert ist, nicht in einer kleinen, sondern in einer grossen Schule. Es ist ein detaillierter Bericht, der eigentlich für die Führung der Schule wichtig ist, andererseits aber auch der Politik Anhaltspunkte liefert, wie die Schule noch optimiert werden kann. Unserer Fraktion ist aufgefallen, dass der Ergänzungsbericht fehlt. Es wurde zwar eine Informationsver-

staltung durchgeführt, an der sicher Informationen vermittelt wurden, die in diesem Bericht aufgeführt worden wären. Wir sind aber dafür, dass solche Informationen auch in schriftlicher Form abgegeben werden.

Wir danken allen Lehrkräften für ihre geleistete Arbeit, die keine einfache ist, das merkt man auch bei uns. Wir sind uns auch nicht immer einig, welches der richtige Weg ist. Wir danken auch der Schulpflege, die einen wichtigen Beitrag leistet. Unsere Fraktion nimmt den Bericht an.

Iten Regula, CVP: Wir danken der Schulpflege, der Schulleitung und der Schulverwaltung für den Jahresbericht 12/13. Es ist erstaunlich, was in diesem Jahr wieder alles geleistet wurde. Den Bericht finden wir wie gewohnt übersichtlich und umfassend dargestellt. Wer sich mit dem Schulbericht befasst und am Informationsabend teilgenommen hat, ist bestens informiert über Vergangenes und Zukünftiges der Schule Wohlen. Die CVP nimmt den Bericht einstimmig an.

Vogt Roland, SVP: Die Bildung in der Schweiz befindet sich zurzeit im Wandel und dieser kann auch in Wohlen nicht aufgehalten werden. Die verschiedenen Schulreformen haben in der Schule ihre Spuren hinterlassen. Administrativer Mehraufwand und überforderte Lehrpersonen, dazu die steigende Heterogenität und die Überforderung einzelner Eltern im Umgang mit ihren Kindern, führen zu einer belastenden Situation im Schulbetrieb. Der Volksentscheid, unser bewährtes System auf das nationale Schulsystem 6:3 umzustellen, wird auch in Zukunft keine Verbesserungen bringen. Es ist sogar fraglich, ob mit dieser Umstellung das hohe Niveau an unserer Schule weiterhin gehalten werden kann.

Ein Bravo an den Kanton Tessin, welcher unbeirrt seinen Weg in der Bildung fortsetzt und nicht alles übernimmt, nur weil es das ganze Land so macht. Würden unsere kantonalen Bildungsdirektoren die nationale Politik bestimmen, wären wir vermutlich schon lange in der EU. Ich möchte aber kein Votum über die EU halten und die Redenszeit überschreiten, sondern im Namen unserer Fraktion meinen Dank aussprechen. Zuerst allen Lehrpersonen, welche unter den aktuellen Reformen immer noch die Freude und die Bereitschaft finden, Tag für Tag ihren Beruf auszuüben und sich allen Herausforderungen zu stellen. Der hohe Ausländeranteil, fragwürdige Schulleitungsentscheide, steigende Kriminalität oder der administrative Leerlauf, um nur einige Beispiele zu nennen, bringen viele Lehrpersonen an ihre Grenzen. Leider werden ihre Leistungen immer wieder durch fragwürdige Entscheide beeinflusst. Zum Beispiel im Umgang mit unbelehrbaren, störenden Schülern. Es ist unglaublich, wie viel Aufwand eine Lehrperson heute für diese Schüler betreiben muss und wie lange die Verantwortlichen an unserer Schule untätig zuschauen. Oder die integrative Schule, unserem Dauerthema. Der Präsident der Schulpflege schreibt über die IS von einem bewährten Schulentwicklungsprojekt, welches noch weiter konsolidiert werden müsse. IS wird nie funktionieren, wenn das Projekt objektiv betrachtet wird. Unsere Fraktion wartet in diesem Zusammenhang noch auf den Evaluationsbericht über die IS, welcher im letztjährigen Zusatzbericht erwähnt wurde. Wir bedanken uns bei allen Schülerinnen und Schülern, welche sich an der Schule korrekt benehmen und den Lernauftrag ernst nehmen. Mit ihrem Einsatz tragen sie dazu bei, dass die Schule Wohlen ihr gutes Image beibehält. Der dritte und letzte Dank geht an die ganze Schulverwaltung. Sie hat sich auch im vergangenen Schuljahr mit viel Engagement dafür eingesetzt, dass die Schule Wohlen eine gute Schule bleibt und die internen Probleme nicht nach aussen getragen werden. Es ist erfreulich, welche Harmonie mit 47 verschiedenen Nationen an unserer Schule gelebt wird und mit dem Q-Konzept noch verbessert werden soll. Unter dem Zielbegriff „An der Schule Wohlen herrscht ein Klima von gegenseitigem Vertrauen“, will man sogar eine transparente Kommunikation verfolgen. Für unsere Fraktion bleibt zu hoffen, dass die Schule Wohlen nicht zu einer Wohlfühlloase wird. Denn dieser Eindruck könnte gewonnen werden, wenn man beispielsweise den Bereich „Schulsozialarbeit“ noch weiter ausbauen möchte. Die

Schule Wohlen sollte die wahren Probleme erkennen und im Bereich „Disziplin und Ordnung“ endlich konsequente Massnahmen durchsetzen.

Zum Schluss noch eine Bemerkung: Wenn es der Schule im nächsten Jahr gelingt, einen fehlerfreien und vollständigen Jahresbericht zu verfassen, wird die Qualität an unserer Schule noch mehr an Bedeutung gewinnen. Die aktuelle Version entspricht kaum den Ansprüchen unserer Schule, da wird Anna Keller mir vermutlich zustimmen.

Geissmann Armin, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir haben den Jahresbericht genau studiert und anerkennen, dass viel Arbeit darin steckt. Es gibt an unserer Schule sehr viele ausländische Kinder und ich muss sagen, die Integration funktioniert in der Schweiz und auch an der Schule Wohlen. Wir hoffen, dass die Umstellung auf 6:3 erfolgreich sein wird und keine Engpässe entstehen werden, dass die Strukturen sauber geregelt werden können und dass die Gemeinde Wohlen wieder vorbildlich, gemeinsam mit der Schulpflege und der ganzen Organisation, in die Zukunft blicken kann. Unsere Fraktion nimmt den Jahresbericht sehr gerne zur Kenntnis und gratuliert den Verfassern, die sich bei der Erstellung des Berichtes sehr viel Mühe gegeben haben.

Gsell Barbara, EVP/GLP: Wie jedes Jahr haben wir von der Schule Wohlen einen ausführlichen und detaillierten Jahresbericht erhalten, der über alle relevanten Themen Auskunft gibt. Wir danken den Verfassern herzlich dafür. Wir bedauern aber, dass auf den Ergänzungsbericht verzichtet wurde. Dafür wurden wir an der Informationsveranstaltung sehr gut informiert.

Zwei Themen beherrschen momentan die Schule: Die Umstellung auf 6:3, die im Sommer starten wird. Wir denken, dass die Schule gut darauf vorbereitet ist. Die Schulraumplanung scheint schwieriger zu sein. Es wird noch eine Weile dauern, bis sie umgesetzt sein wird. Unsere Fraktion nimmt den Jahresbericht zur Kenntnis und dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit. Wir danken auch allen Personen, die die Schule Wohlen mit grossem Einsatz und guter Arbeit stützen und ihre Zeit in die Kinder, und damit in unsere Zukunft, investieren.

Burkard Thomas, Grüne: Die Fraktion der Grünen nimmt insgesamt wohlwollend Kenntnis von diesem Bericht. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Vor uns liegt eine ausführliche Chronik des Schuljahrs. Vor allem für die Eltern und Schüler ist der Bericht interessant, für die Politik eignet er sich weniger. Wir vermissen den Ergänzungsbericht, den wir in den letzten Jahren jeweils erhalten haben. Wir Grünen freuen uns, wenn der Ergänzungsbericht im nächsten Jahr wieder als Teil des Jahresberichts vorliegen wird. Vielen Dank.

Der Einwohnerrat nimmt den Jahresbericht der Schule Wohlen 2012/2013 zur Kenntnis.

Bericht und Antrag 13006 Künftige Aufteilung der Betriebskosten sowie die Beteiligung an den Erneuerungskosten für das Sportzentrum Niedermatten

Meyer Meinrad, CVP: Gemeindeammann Walter Dubler, Gemeinderat Urs Kuhn und Florian Püntener von der Abteilung Planung, Bau und Umwelt, haben die künftige Aufteilung der Betriebskosten und die Beteiligungen an den Erneuerungskosten für das Sportzentrum Niedermatten vorgestellt. Urs Kuhn bedauerte die Verzögerung des Geschäfts. Der vorgelegte Bericht und Antrag 13006 geht vertiefter auf die Thematik ein als der letzte Bericht und Antrag.

Die Grundsatzvereinbarungen mit den Vereinen waren arbeitsintensiv. Ein wichtiger Punkt ist, dass die Vereine zu einer Beteiligung an den Energiekosten bewogen werden konnten. Mit der Bewirtschaftung der Parkplätze sind alle Vereine einverstanden. Die Vorkehrungen für die Parkplatzbewirtschaftung werden in dieser Vorlage nicht behandelt.

Der Energieverbrauch ist nicht nur abhängig von der Witterung, sondern auch von den Verbandsauflagen der jeweiligen Sportarten. Trainingseinheiten und Mitgliederzahlen sind ebenfalls massgebende Faktoren. Die Energietrennung der einzelnen Anlagen wurde beim Bau aus Spargründen nicht gemacht und verunmöglicht heute eine Energietrennung.

In der GPK wurden verschiedene Aspekte diskutiert. Es wurde die Meinung geäußert, dass der Fussballclub und der Tennisclub für die Kosten der Beleuchtung selbst aufkommen müssten. Es wurde auch gesagt, dass bei der Instandhaltung und den Erneuerungskosten kein Wunschkonzert seitens der Vereine herrschen dürfe. Die GPK ist aber grundsätzlich der Ansicht, dass das Sportzentrum Niedermatten eine wichtige Funktion in der Gesellschaft einnimmt und dass der Unterhalt nicht nur Sache der Vereine, sondern auch der Gemeinde ist. Viele Jugendliche gehen in den verschiedenen Sportvereinen einer sinnvollen Beschäftigung nach. Und auch die ehrenamtlichen Arbeitseinsätze sind in allen Vereinen hoch und keineswegs selbstverständlich. Noch höhere Kosten können die Vereine nicht tragen und wären damit kontraproduktiv.

Die GPK dankt allen Beteiligten, die zu einem positiven Resultat bei der Aufteilung der Betriebskosten beigetragen haben. Wir sind überzeugt, eine für alle Parteien tragbare Lösung gefunden zu haben.

Zu Diskussionen führte die folgende Formulierung im Antrag des Gemeinderates: *„...sei für die folgenden Jahre zu bestätigen“*.

Hier stellt die GPK einen Abänderungsantrag. Dieser heisst: *„...sei für die folgenden 6 Jahre zu bestätigen“*. Dieser Abänderungsantrag wurde in der GPK einstimmig gutgeheissen.

Der GPK ist eine auf sechs Jahre befristete Lösung wichtig. Damit kann auf Veränderungen, in den Vereinen oder in der Gemeinde Wohlen, in einem sinnvollen Rhythmus reagiert werden. Die GPK stimmte dem abgeänderten Antrag des Gemeinderates zu, der dann lautet:

„Die künftige Aufteilung der Betriebskosten sowie die Beteiligung an den Erneuerungskosten zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und den Partnerorganisationen Genossenschaft Athleticum Niedermatten Wohlen, Fussball Club Wohlen und Tennis Club Niedermatten Wohlen sei für die folgenden 6 Jahre zu bestätigen.“

Kuhn Urs, Gemeinderat: Wir danken der GPK für ihre Arbeit. Seit 2004 feiern wir eine Erfolgsgeschichte, die Niedermatten heisst. Seit zehn Jahren betreiben drei Vereine, gemeinsam mit der Gemeinde, diese Anlage partnerschaftlich und das sieht man auch an den sportlichen Erfolgen der drei Clubs. Sportförderung, Jugendarbeit und nicht zuletzt auch Botschafter über Wohlen hinaus, im besten Sinn Standortmarketing, wird über die Niedermatten betrieben, eine Anlage die sich, auch nach zehn Jahren, im besten Zustand präsentiert.

Der Gemeinderat möchte den Vereinen an dieser Stelle danken für den Betrieb, den Unterhalt aber auch für die grossen finanziellen und personellen, meist ehrenamtlichen, Einsätze, die geleistet werden. Der Dank geht auch an die Betriebskommission, die, als gemeinderätliche Kommission, die Partnerschaft zwischen Gemeinde und Vereinen pflegt und ein wichtiges Bindeglied zwischen den Vereinen und der Gemeinde darstellt.

Die Ausgangslage ist, dass wir auch nach zehn Jahren eine gute, funktionstüchtige und vollausgelastete Anlage haben. Der hohe Nutzungsdruck führt aber auch zu Verschleisserscheinungen bei den Sportflächen, trotzdem, im Grossen und Ganzen konnte unsere Gemeinde die Anlage damals recht kostengünstig realisieren.

Die Überprüfung, die etwas länger dauerte, hatte die Problematik, dass mit dem Auftrag: „das Betriebsreglement überprüfen“, die genauen Zielsetzungen unklar waren. Wir haben aus den Protokollen und den Diskussionen im Einwohnerrat geschlussfolgert, welche Punkte verbessert werden sollen. Der Gemeinderat hat sich bemüht, eine transparente Vorlage auszuarbeiten, und Sie sehen, dass recht viel Zahlenmaterial der Gemeinde integriert werden konnte. So wird sichtbar, was die Vereine selbst zum Betrieb der Anlage beitragen.

Das Ziel des Gemeinderates war es, einen moderaten und für die Vereine tragbaren Ansatz im Verteilerschlüssel zu finden, sowohl für die Energiekosten als auch für die Beteiligung an Investitionen, Sanierungen und Erneuerungen der Anlage.

Es konnte ein guter Konsens zwischen den Vereinen und der Gemeinde gefunden werden. Die Sportorganisationen werden neu einen Teil der Energiekosten übernehmen. Wir hatten darüber die verschiedensten Budget- und Rechnungsdebatten im Einwohnerrat, denn genau dieser Punkt führte immer wieder zu Diskussionen. In Zukunft wird der Teil der Energiekosten der sich auf die Gastronomie bezieht, von den Vereinen bezahlt werden. Die Grundsatzvereinbarung, das ist der zweite Punkt, hat bereits vorgesehen, dass die Vereine sich finanziell beteiligen an der Erneuerung von bestehenden Anlageteilen. Es wurde abgemacht, dass dies nach Massgabe der finanziellen Möglichkeiten der Vereine geschehen solle. Das ist eine schwierig zu bestimmende Grösse, wenn es darum geht einen finanziellen Beitrag festzulegen. Deshalb schlägt der Gemeinderat jetzt einen Verteilerschlüssel vor. Ein guter Ansatz für uns ist, die damalige Beteiligung der Vereine von je CHF 500'000.00 in die Relation zur Gesamtinvestition zu setzen. Das ergibt total 7,8% oder 2,6% pro Verein, welche die Vereine bei der Erneuerung von Anlageteilen übernehmen sollen. Das ist nun ausgehandelt und Bestandteil der Vorlage. Ich weise darauf hin, dass wir bei einer Rückweisung der Vorlage mit den Vereinen neu verhandeln müssten.

Die Bewirtschaftung der Parkplätze ist hier erwähnt, weil in der Grundsatzvereinbarung das prioritäre Benutzungsrecht der Anlage für die Vereine festgeschrieben ist. Mit der Einführung der Parkplatzbewirtschaftung wird das geändert. Es gibt darüber aber einen Konsens.

In der GPK hat folgender Text aus Kapitel 5 zu Diskussionen geführt: „*Prognose Instandhaltung und Instandsetzung*“. Man könnte auch sagen, dass es dabei um die Instandhaltung

und Erneuerung von Anlageteilen geht. Die Instandhaltung ist im Budget und in der Rechnung aufgeführt, bei den Niedermatten sind das die Posten „Unterhalt ordentlich und ausserordentlich“. Diese werden jeweils über das Budget bewilligt. Die Erneuerung von Anlageteilen, wie beispielsweise die Erneuerung des Kunstrasens oder auch andere grössere Investitionen, müssen dem Einwohnerrat mit einem Bericht und Antrag vorgelegt und von diesem bewilligt werden. Im Vorfeld der Einwohnerratssitzung ist bei einigen Beteiligten das Gefühl aufgekommen, dass, wenn der Beitrag der Vereine auf 2,6% festgelegt sei, einfach alle möglichen Dinge gebaut oder erneuert werden könnten. Das ist nicht so, alle Investitionen müssen im Einwohnerrat besprochen werden.

Wir haben die Mitglieder der Betriebskommission und die Vereinspräsidenten bewusst an diese Sitzung eingeladen. Der Einwohnerrat hat so die Gelegenheit, allfällige Fragen zum Betrieb der Anlagen, direkt den Verantwortlichen zu stellen.

Der Abänderungsantrag der GPK kann ich persönlich nachvollziehen und finde das Anliegen verständlich. Der Gemeinderat spricht sich jedoch ganz klar dagegen aus. Als ehemaliger Einwohnerrat weiss ich, wie gerne man immer wieder Sachen überprüft. Der Gemeinderat ist aber der Meinung, dass der Einwohnerrat bereits über demokratische Kontrollinstrumente verfügt. Wir wären deshalb froh, wenn Sie den Antrag ablehnen könnten. Sie haben als Einwohnerräte zweimal pro Jahr Gelegenheit, zum Budget und zur Rechnung der Niedermatten Stellung zu beziehen. Sie erhalten zusätzlich den Jahresbericht, in welchem die Niedermatten enthalten sind. Wenn Zweifel aufkommen sollten, ob Kosten oder Situationen aus dem Ruder laufen, haben Sie die Möglichkeit, Motionen und Postulate zu verfassen.

Wir betrachten es als unnötigen Verwaltungsaufwand, das Betriebsreglement alle sechs Jahre zu überprüfen. Auch deshalb, weil wir jetzt, mit einer zehnjährigen Erfahrung, sagen können, dass es so gut funktioniert. Für die Modifikationen, welche gemacht werden können, braucht es diese Überprüfungen nicht. Generell wären wir froh, wenn Überprüfungen mit einem höheren Konkretisierungsgrad und klaren Zielsetzungen verknüpft werden würden.

Hoffmann Thomas, FIKO-Präsident: Die FIKO hat sich zum Ziel gesetzt, bei Geschäften die eine direkte finanzielle Auswirkung haben, ein Votum und eine Empfehlung abzugeben. Das Sportzentrum Niedermatten kann auf eine zehnjährige Erfolgsgeschichte zurückschauen und ist ein echter Standortvorteil für die Gemeinde. Die drei Organisationen mieten sozusagen Teile der Anlage. Der Mietzins wird aber nicht an die Gemeinde, sondern in Form von Unterhaltsleistungen an die Anlage direkt überwiesen. Damit ist aus Sicht der FIKO die Rechtslage klar. Die Organisationen sind berechtigt, ihre Anlageteile unter zu vermieten, und alle Erträge aus der Nutzung dieser Anlage gehören klar den Vereinen. Es ist somit falsch, die Vereine wegen diesen Einnahmen immer wieder an den Pranger zu stellen.

Die FIKO befürwortet die Überprüfung des Mietvertrages, beziehungsweise des Betriebsreglementes. Sie begrüsst, dass die Vereine einer Kostenübernahme der Energiekosten Gastronomie zugestimmt haben. Sie begrüsst, dass die finanzielle Beteiligung an Erneuerungen und der Ersatz von Anlageteilen geregelt wird und auch, dass eine einheitliche Bewirtschaftung der Parkplätze möglich wird. Die FIKO bemängelt aber, dass zu wenig Kostentransparenz erreicht wurde. Das Bruttoprinzip, welches in den Gemeinden üblich ist, wird nicht angewendet. Die Gemeinde weiss nicht, welche Unterhaltskosten in den Niedermatten anfallen, sie weiss nicht, was auf die Gemeinde zukommen würde, falls ein Verein, in weiter Zukunft, die Unterhaltsaufwendungen nicht mehr stemmen könnte. Die FIKO bemängelt, dass Ersatzbeschaffungen bei den Vereinen nun immer über die Erfolgsrechnung abgerechnet werden. Das ergibt hohe Schwankungen in dem Jahr, indem die Unter-

haltskosten anfallen. Bei normalen Mietverträgen wäre ein Erneuerungsfonds üblich, dann könnte man, mit laufenden Einzahlungen, die Belastungen der Vereine glätten. Die FIKO bemängelt auch, dass keine periodische Überprüfung oder Überarbeitung geplant wurde. Bei den Miet- und Leistungsverträgen und darunter fällt unserer Meinung nach dieses Betriebsreglement, ist eine periodische Überprüfung sinnvoll.

Das Betriebsreglement hat also weiteres Optimierungspotential. Allerdings werden wir bei einer Ablehnung oder Rückweisung keinen Schritt weiter sein. Ich wage zu behaupten, dass dann in dieser Legislaturperiode gar nichts mehr geschehen wird. Die FIKO empfiehlt dem Einwohnerrat grossmehrheitlich die Annahme des Antrages, allerdings mit der Befristung auf sechs Jahre, wie es die GPK vorgeschlagen hat.

Rückweisungsantrag

Lanz Christian, SVP: Mit dem Bericht und Antrag 13006 entstehen Ungereimtheiten gegenüber dem Betriebsreglement bei §11. Ich möchte wissen, ob mit dem Bericht und Antrag 13006 nicht zuerst das Betriebsreglement, welches vom Gemeinderat beschlossen wurde, überarbeitet hätte werden müssen.

Wir stellen einmal mehr fest, dass der Gemeinderat den Einwohnerrat nicht ernst nimmt. Am 12. November 2007 hat der Einwohnerrat einem Antrag der FDP mit grosser Mehrheit zugestimmt. Er lautete:

„Es sind alle vier Jahre die Betriebskosten und deren Aufteilung neu zu überprüfen.“

Heute, ganze sieben Jahre später, liegt erstmals ein Bericht und Antrag dazu vor.

Der Gemeinderat schreibt von einer moderaten Entwicklung der Betriebskosten seit der Überprüfung im Jahr 2007. Wir können uns den Vergleich der Jahre von 2006 bis 2013 zu Gemüte führen und feststellen, dass Energie, Wasser und Heizmaterial 2013 sage und schreibe CHF 97'935.00 betragen. Das ist der höchste Betrag seit 2006. Das ergibt einen Durchschnittsbetrag von CHF 89'657.00 jährlich. Wir fragen uns, wo hier der Sparwille ist und wo die Energiestadt bleibt. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag werden die Vereine keineswegs zum Sparen animiert. Es gibt zwei Möglichkeiten. Jede der drei Organisationen muss mit einem separaten Zähler ausgerüstet werden oder alle Energiekosten sind zu plafonieren und die Mehrkosten den Vereinen zu verrechnen. Dann entstehen keine Bevorzugungen.

Wir können nicht nachvollziehen, weshalb die Vereine mit der Parkplatzbewirtschaftung einverstanden sein müssen und was dies mit den Betriebskosten zu tun hat. Die Vereine haben laut Grundsatzvereinbarung das Benützungsrecht der Parkplätze, daran wird nichts geändert. Sie werden in naher oder ferner Zukunft vielleicht kostenpflichtig sein. Der Entscheid zur Parkplatzbewirtschaftung ist ein politischer Entscheid und nicht Sache der Vereine. Die Mitglieder dieser drei Vereine können das Referendum ergreifen, wenn sie keine Gebührenpflicht der Parkplätze wollen.

Der neu zusätzlich zu bezahlende Anteil von 2.6% an den Energiekosten ist zu hinterfragen. Die Beteiligung der Vereine an den Erneuerungskosten muss und soll nicht mit dem vorliegenden Bericht und Antrag geregelt werden. Hinzu kommt, dass sich ein Kostenteiler für allfällige Erneuerungen zwingend auf diejenigen Teile der Niedermatten beschränken muss, der schon Bestandteil der damaligen Kreditvorlage war. Der Begriff „Erneuerung“ bedeutet ja, dass man etwas, was schon vorhanden ist, erneuert. Zudem haben die Kosten

der Erneuerung nichts mit dem Unterhalt zu tun. Die Erneuerungsarbeiten und deren Finanzierung sind in Zukunft jeweils mit Kreditvorlagen vor den Einwohnerrat zu bringen.

Bei der Anschaffung des Kunstrasens wurde uns versichert, dass dieser eine Lebensdauer von fünfzehn bis zwanzig Jahren habe. Jetzt soll der Kunstrasen bereits nach zwölf Jahren am Ende sein. Wir fragen uns, ob dies vielleicht so ist, weil der Platz immer wieder an fremde Clubs vermietet wird und der Kunstrasen damit stärker belastet wird. Hier drängt sich weiter die Frage auf, was mit diesen Einnahmen geschieht und weshalb diese Einnahmen nicht der Gemeinde weitergegeben werden. Wie realistisch ist es, dass so hohe Kosten für Ersatzbeschaffungen mit einem Anteil von nur 2,6% und den Mieteinnahmen beglichen werden können. Die Anlage ist Eigentum der Einwohnergemeinde, somit sind auch die Einnahmen, die durch die Platzvermietung erzielt werden, der Gemeindekasse respektive einem Erneuerungsfond gutzuschreiben.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, dem Gemeinderat die Möglichkeit zu geben, innert nützlicher Frist, einen Bericht und Antrag zu erstellen, der alle Vereine fair und gleich behandelt. Gleichzeitig ist eine korrekte Vorlage auszuarbeiten. Der vorliegende Bericht und Antrag ist ausgesprochen mangelhaft, sowohl in der Form, als auch inhaltlich. Bitte stimmen Sie unserem Rückweisungsantrag zu.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Der Gemeinderat bittet Sie, den Rückweisungsantrag nicht entgegen zu nehmen. Wir haben ein gutes und transparentes Geschäft auf dem Tisch und möchten dieses heute behandeln. Es ist mir nicht ganz klar, dass ich etwas Anderes erzählt haben soll als das, was im Antrag steht. Ich habe nur etwas stärker präzisiert, indem ich gesagt habe, dass jede grössere Investition dem Einwohnerrat vorgelegt wird.

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir werden den Rückweisungsantrag der SVP nicht unterstützen. Alle wichtigen Kernanliegen, wie die Beteiligung an den Energiekosten, die Parkplatzbewirtschaftung und die Beteiligung an den Erneuerungskosten, wurden aufgenommen. Die SVP sagt selbst, dass sie eine stärkere Beteiligung an den Kosten durch die Vereine begrüsst. Heute geht es nur noch um die Höhe der Beteiligung.

Als Steuerzahler wäre es mir am liebsten, wenn ich sämtliche Kosten abwälzen könnte. Tatsache ist aber, dass vor zehn Jahren, mit allen Parteien, ein Kompromiss gefunden werden konnte. Seit zehn Jahren wird von den drei Vereinen eine sehr schöne Sportanlage mit überregionalem Charakter unterhalten. Das Sportzentrum Niedermatten steht allen offen, ob Aktivsportlern, Freizeitbummlern, Sportzuschauern oder Besuchern des Restaurants. Die Vereine fördern auch die Jugend und erfüllen so eine wichtige Funktion für unsere Gemeinde.

Im Einwohnerrat wurde zu Recht moniert, dass die Energiekosten zugenommen haben, unter anderem auch in Folge der Bewirtschaftung der vereinseigenen Gastrobetriebe. Dieser Fehler wird mit der neuen Vereinbarung behoben. Auch die Parkplätze sollen künftig, wie mehrheitlich hier im Einwohnerrat gewünscht, bewirtschaftet werden. Wir haben nur noch den Punkt der Beteiligung der Vereine an den Erneuerungskosten offen. 2,6% sind natürlich ein kleiner Anteil. Die Frage stellt sich aber, ob die Vereine sich eine höhere Kostenbeteiligung überhaupt leisten könnten. Leider gewährt uns nur der FC Wohlen Einblick in seine schwierige finanzielle Situation. Es wird ein Verlustvortrag ausgewiesen, was bedeutet, dass keine Vermögenswerte vorhanden sind, um Investitionen zu tätigen. Unsere Fraktion glaubt dem Gemeinderat, dass eine stärkere finanzielle Beteiligung der Vereine nicht möglich ist. Wir möchten, dass die verbesserte Vereinbarung rasch möglichst in Kraft tritt. Eine Rückweisung würde nur eine zeitliche Verzögerung mit unklarem Ausgang mit sich bringen.

Manimanakis Corinne, SP: Es ist für uns unerklärlich, weshalb die SVP einen Rückweisungsantrag stellt. Unserer Meinung nach sind die Forderungen, die der Einwohnerrat gestellt hatte, mit dem vorliegenden Bericht und Antrag erfüllt worden. Wir werden dem Rückweisungsantrag nicht zustimmen, da er uns keinen Schritt weiterbringen würde, ganz im Gegenteil: Lösungen, die erarbeitet wurden, würden zunichte gemacht. Sowohl für die Gemeinde, wie auch für die betroffenen Vereine, wäre das ein Affront.

Frischknecht Julia, GLP/EVP: Wir können diesem Rückweisungsantrag ebenfalls nicht zustimmen. Wir haben uns verschiedene Aspekte überlegt. Wir haben Punkte im Votum von Christian Lanz gehört, die wir unterstützen würden, und wir sehen auch Verbesserungspotential. Wenn wir aber die ganze Arbeit ablehnen würden, wären wir wieder ganz am Anfang, und das hilft uns auch nicht weiter.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Was passiert bei einer Rückweisung? Für die Vereine wäre es, wenigstens für die nächsten ein bis zwei Jahren, ein Vorteil, wenn eine Rückweisung beschlossen würde. Sie müssten die ca. CHF 15'000.00 nicht bezahlen, bis eine neue Lösung präsentiert würde. Von Affront kann keine Rede sein, es wäre ein Vorteil für die drei Vereine.

Ich möchte mich übrigens dafür bedanken, dass Führungsleute aller drei Vereine heute im Einwohnerrat anwesend sind und für Fragen zur Verfügung stehen.

Ich möchte das Votum von Christian Lanz noch durch zwei Punkte ergänzen. Worum geht es bei den formellen und inhaltlichen Aspekten? Formell gibt es eine Grundsatzvereinbarung vom 29. September 2001, die nicht geändert wird. Dann gibt es ein vom Gemeinderat beschlossenes Betriebsreglement von 2007, welches auch nicht geändert wird. Das Betriebsreglement betrifft nur den Unterhalt und nicht die Erneuerungskosten. Die Grundsatzvereinbarung von 2001 haben wir nicht erhalten. Ich kenne den Inhalt deshalb nicht, wahrscheinlich kennt ihn keiner der Anwesenden. Aus meiner Sicht müsste man die Grundsatzvereinbarung ändern und unterschreiben und dann dem Einwohnerrat vorlegen, das wird aber nicht gemacht.

Ein weiterer Punkt ist der, dass man plötzlich Erneuerungskosten von 2.6% pro Verein ins Spiel bringt, die ja nichts mit den Unterhaltskosten zu tun haben. Die Parkplatzbewirtschaftung hat auch nichts mit der Vorlage zu tun, auch wenn sie in der Begründung als dritter Punkt in der Vereinbarung steht. Im Beschluss ist die Parkplatzbewirtschaftung aber nicht enthalten, sie hat wirklich nichts mit diesem Geschäft zu tun. Es handelt sich vielleicht um eine Art Gegengeschäft der drei Vereine, um dem Gemeinderat entgegenzukommen und damit eine bessere Gesamtlösung zu ermöglichen.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass es formell keine neue Vereinbarung gibt und offenbar auch keine neue Vereinbarung angestrebt wird. Im Übrigen ist es keine Schande, wenn man nach dreizehn Jahren eine Vereinbarung überarbeitet und anpasst. Es ist absolut üblich bei Vereinbarungen, dass hin und wieder Änderungen inhaltlicher Art vorgenommen werden. Ich hätte erwartet, dass sie angepasst und hier vorgelegt wird. Ich muss übrigens auch uns selbst, der SVP, den Vorwurf machen: 2007 wurde der Beschluss gefasst, man solle alle vier Jahre rapportieren. Wir hätten damals eigentlich schon sagen müssen, dass die Vereinbarung oder das Betriebsreglement geändert werden müsse. Es wurde jedoch kurz vorher am 1. Oktober 2007 vom Gemeinderat geändert oder beschlossen. Inhaltlich muss ich sagen, in den sechziger Jahren, als Blöcke gebaut wurden, gab es keine separaten Stromzähler, aber wir sind jetzt im 21. Jahrhundert, und ich kann nicht glauben, dass man in den Niedermatten den Stromkonsum nicht pro Verein messen kann.

2007 hat Arsène Perroud im Einwohnerrat ein sehr interessantes Votum gehalten, mit dem zentralen Anliegen, dass man die Energiekosten in den Griff kriegen müsse. Die Energiekosten werden mit den hier geforderten CHF 15'000.00 in keiner Art und Weise beeinflusst, wir verlangen nur einen Beitrag von den Vereinen. Sie können beliebig steigen, wir steuern das nicht. Ich staune über das Verhalten von Mitte-Links, wenn ich an das Label Energiestadt denke. Ich würde es sinnvoll finden, wenn man ein Anreizsystem machen würde, die Energiekosten zu senken, dann wäre es nicht wichtig, ob die Vereine CHF 15'000.00 oder CHF 5'000.00 an die Energiekosten zahlen. Es würde einer Energiestadt, zumindest wenn man das Label ernst nimmt, auch recht gut anstehen.

Den drei Sportvereinen möchte ich ein Kompliment machen, sie haben hervorragend verhandelt, indem sie den Kostenanteil von 2.6% in die Unterhaltsproblematik eingefügt haben. Das bedeutet, dass von den CHF 1'500'000.00 die der Gemeinderat für das Bauprogramm für die Erneuerung ausweist, CHF 1'400'000.00 zu Lasten der Gemeinde gehen werden. Ich bin nicht einmal der Meinung, dass die Vereine mehr bezahlen müssten. Man könnte auch zum Schluss kommen, dass die Gemeinde alles bezahlen müsse, die Beteiligung von 2,6% ist so gering, dass sich die Diskussion darüber fast nicht lohnt. Es hat aber nichts mit dem Thema der Frage der Unterhaltskosten zu tun. Es braucht einen Verpflichtungskredit für grössere Investitionen, zumindest bei der Erneuerung, dann können wir hier auch einen anderen Kostenteiler festlegen. Ich finde es fast ein bisschen gewagt, hier von 2.6% zu reden, wenn die Höhe gar nicht verbindlich ist. Ebenso wenig ist die Parkplatzbewirtschaftung verbindlich, auch wenn die Vereine sagen, sie seien damit einverstanden. Jeder kann das Referendum dagegen ergreifen, auch wenn er Mitglied in einem der drei Vereine ist.

Ich komme nun zum Schluss. Mein Fazit ist, dass die Vorlage ein Salat ist, der Verschiedenes miteinander vermischt, die Grundlagen aber nicht verändert. Die Grundsatzvereinbarung und das Reglement des Gemeinderates werden nicht verändert. Wir haben keinen Anreiz für echtes Energiesparen, was erstaunlich ist bei einer Mitte-Links-Mehrheit im Einwohner- und im Gemeinderat. Es ist insofern eine ungenügende Vorlage. Ich sage nicht, sie sei katastrophal schlecht. Möglicherweise bezahlen die Vereine am Schluss weniger in die Gemeindekasse ein, wenn diese Thematik formell sauber gelöst wird und Sparanreize geschaffen werden. Die Vorlage ist aber nicht gut, und wenn sie nicht gut ist, muss man sie zurückweisen. Ich weiss schon, dass sie heute nicht zurückgewiesen werden wird. Es gibt nicht viele Leute hier, die sich trauen, offen zu sprechen, am Schluss wird sie angenommen werden. Es ist auch recht schwierig, Nein zu sagen zu dieser Vorlage, weil sie ja eine kleine Entlastung für die Gemeindekasse bringt. Man sollte dem Gemeinderat aber die Chance geben, die Vorlage zu überarbeiten. Für die Vereine wäre es auch vorteilhaft, da sie dann erst zu einem späteren Zeitpunkt mehr bezahlen müssten.

Wille Franz, CVP: Die CVP wird den Rückweisungsantrag geschlossen ablehnen. Wir finden, dass die Vereinbarung für beide Seiten mit Vor- und Nachteilen verbunden ist, deshalb ist sie akzeptabel. Wir werden ihr nachher zustimmen.

Burkard Thomas, Grüne: Auch wir möchten den Rückweisungsantrag der SVP nicht unterstützen. Wir sind der Ansicht, dass wir uns heute Abend dieser Diskussion stellen und sie nicht verweigern sollten.

Geissmann Armin, FDP: Die Grundsatzvereinbarung von 2001 liegt unserer Partei vor. Sie wurde mit allen Vereinen gemeinsam ausgearbeitet. Der Gemeinderat hat vorbildlich gearbeitet. Wir müssen heute Abend noch über viele Dinge diskutieren, aber es geht hier um die Vereine. Diese leisten viel und gute ehrenamtliche Arbeit und sind wichtig für Wohlen.

Gregor Ariane, Präsidentin: Ich bitte Armin Geissmann, sich ausschliesslich zur Rückweisung zu äussern.

Meyer Meinrad, CVP: Es überrascht mich, dass ausgerechnet die SVP nun zur grossen Energiesparerin wird. Ich finde die Argumente für die Rückweisung in jedem Punkt haltlos. Uns liegt mit Sicherheit eine sehr gut ausgearbeitete Vorlage vor. Die finanzielle Schmerzgrenze ist bei den Vereinen sicherlich erreicht, und es will bestimmt niemand hier die Verantwortung dafür übernehmen, wenn ein Verein, wegen der hohen Kostenbelastung, kaputt gehen würde. Ich appelliere an die Vernunft der Kollegen hier, sagen Sie zu diesem Rückweisungsantrag entschieden Nein.

Keller Anna, Grüne: Ich bin teilweise gleicher Meinung wie Jean-Pierre Gallati, bin aber gegen die Rückweisung. Ich bin sehr dafür, die Energiekosten zu kontrollieren. Ich habe dazu 2007 auch einen entsprechenden Vorstoss gemacht, wäre er angenommen worden, gäbe es heute separate Stromzähler in den Niedermatten. Leider wurde der Antrag, auch von der SVP, grossmehrheitlich abgelehnt. Somit gibt es keine Zähler.

Ich bin froh, dass mit der vorliegenden Vereinbarung kleine Schritte in die richtige Richtung gemacht werden und die Vereine sich nun wenigstens an den Energiekosten beteiligen werden. Ich denke aber, dass dies alleine noch kein grosser Anreiz zum Sparen ist. Ich bin unterdessen etwas älter geworden und mit diesen kleinen Schritten zufrieden, deshalb werde ich keine Rückweisung befürworten.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich danke dem Einwohnerrat dafür, dass er sich durch anwaltliche Rhetorik nicht verwirren lässt. Jean-Pierre Gallati hat bei vielen Punkten angemerkt, dass er die Grundsatzvereinbarung nicht kennen würde. Er war damals auch noch nicht in Wohlen. Alle Sportvereine kennen sie, und ich kenne sie auch. Es sind mehrere Personen anwesend, die sie unterschrieben haben. Es war die Vorlage vom 8. Oktober 2001, die der Einwohnerrat im Dezember 2001 mit 37 Ja zu 1 Nein Stimmen bewilligt hat. Die Grundsatzvereinbarung war eine Beilage. Wenn ich nun höre, dass es die Idee ist, diese allenfalls wieder zu ändern, dann ist das in etwa so, als würde jemand vorschlagen, den Bundesbrief der Eidgenossenschaft zu ändern. Die Vereinbarung wurde gemacht, um eine Ordnung festzulegen, wie der Betrieb funktionieren soll. Es geht jetzt darum, zu den Vereinen und ihrer Arbeit zu stehen und sie zu unterstützen, dann sagt man klar Nein zum Rückweisungsantrag.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Die Grundsatzvereinbarung von 2001 wurde den Einwohnerräten erstens nicht zugestellt. Zweitens ist der Bundesbrief von 1291 nicht mehr in Kraft, sondern die Bundesverfassung, welche vor vierzehn Jahren total revidiert wurde. Und drittens, möchte ich wissen, welche Vereinbarung, die getroffen wurde, Franz Wille meint. Es liegt keine auf dem Tisch.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag der SVP wird mit 11 Ja-Stimmen zu 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

Fraktionsmeinungen

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Eigentlich ist es seltsam, dass wir über dieses Thema diskutieren müssen. Die Gemeinde Wohlen besitzt in den Niedermatten ein Sportzentrum, welches von drei Sportvereinen benutzt wird. Die Vereine haben sich damals mit je einer halben Million Franken an den Baukosten beteiligt. Aus diesem Grund müssen sie

keine Miete und keine Nebenkosten bezahlen. Nun müssen sie sich aber doch teilweise an den Neben- und Erneuerungskosten beteiligen. Klare Verhältnisse sehen anders aus. Die Niedermatten sind aus rechtlicher Sicht eine Fehlkonstruktion. Wer etwas nutzt, sollte auch eine Miete bezahlen und für die Nebenkosten aufkommen. Dafür müsste er keine Beträge für notwendige Ersatzinvestitionen leisten und sich auch nicht an den Baukosten beteiligen. Die Vergangenheit lässt sich nicht mehr ändern. Viele Jahre hat sich leider niemand darüber Gedanken gemacht, was geschieht, wenn die Energiekosten steigen und Erneuerungen vorgenommen werden müssen. Doch lieber spät als nie. Der Gemeinderat hat seine Verantwortung wahrgenommen und mit den Vereinen einen Kompromiss ausgearbeitet. Die Energiekosten, die Parkplatzbewirtschaftung und die Beteiligung an den Erneuerungskosten wurden neu ausgehandelt. Wir bedauern, dass keine Kopie der vorgeschlagenen Vereinbarung mit den Vereinen vorliegt. Ausserdem hätten wir erwartet, dass die Vereine transparenter informieren. Eine Auflistung der Aufwände, ohne die Erträge anzugeben, hat wenig finanzielle Aussagekraft. Über die finanzielle Situation von Athleticum und Tennisclub wissen wir nichts. Trotzdem bewertet unsere Fraktion die Kernanliegen als erfüllt und unterstützt den Antrag des Gemeinderates, mit dem Änderungsvorschlag der GPK.

Manimanakis, Corinne, SP: Das Sportzentrum Niedermatten feiert bald sein zehnjähriges Jubiläum. Vor zehn Jahren wurde hier bereits heftig debattiert. Ich habe das Protokoll von damals noch einmal gelesen. Die Fraktionsgemeinschaft SP, Grüne und EVP haben damals den Antrag gestellt, dass die Energiekosten anders auf die Vereine aufgeteilt werden müssten. Schon damals haben wir gesehen, dass die Kostenteiler von Energie- und Lohnkosten nicht gut waren. Der Antrag wurde hauptsächlich von den Ratsrechten abgelehnt. Der zeitlich enge Rahmen, der wenig Spielraum für Fragen liess, war wahrscheinlich auch mitschuldig. Ein Jahrzehnt später diskutieren wir immer noch über den Kostenteiler.

Was in Aarau als Erfolgsgeschichte betitelt wird, wird hier im Saal oft anders wahrgenommen. Bei jeder Jahresrechnung werden wieder die Energiekosten bemängelt. Unsere Fraktion ist froh, dass der Gemeinderat mit den drei Vereinen einen Konsens finden und, durch gegenseitiges Entgegenkommen, eine Vereinbarung getroffen werden konnte. Von beiden Seiten mussten wohl oder übel Kompromisse eingegangen werden. Die Parkplatzbewirtschaftung ist nun geregelt und die Vereine haben sich damit einverstanden erklärt, für die Energiekosten die durch die Gastronomie entstehen, selbst aufzukommen. Die Erneuerungskosten sind nun mit einem Verteilerschlüssel geregelt, der für beide Seiten tragbar ist. Auch wenn für uns der Anreiz zum Energiesparen noch nicht optimal ist, ist uns bewusst, dass das Gemeinschaftswerk Niedermatten nur dann weiter bestehen kann, wenn tatsächlich ein Miteinander stattfindet. Wir möchten allen Benutzern der Anlage ans Herz legen, mit Wasser, Strom und Heizung so sparsam wie möglich umzugehen.

Die Betriebskommission und der Gemeinderat haben ein Lob für die Ausarbeitung des Kostenteilers verdient. Die ehrenamtliche Arbeit, die in den Niedermatten geleistet wird, möchten wir ebenfalls verdanken. In den Niedermatten wird für Wohlen bestes Standortmarketing betrieben. Wir hoffen, dass mit dieser Einigung, in den nächsten Jahren Ruhe und Zufriedenheit einkehren kann.

Wille Franz, CVP: Unsere Fraktion hat verschiedentlich, bei den jeweiligen Rechenschaftsberichten und anderen Geschäften, Vorbehalte beim Sportzentrum Niedermatten angebracht. Im Wesentlichen ging es um den Energie- und Wasserverbrauch und die Parkplatzbewirtschaftung. Die neu ausgehandelten Bedingungen tragen diesen Anliegen Rechnung. Ein Vorbehalt sei erlaubt. Die Beteiligung der Vereine an den Energiekosten für die Restaurationsbetriebe heisst natürlich nicht, dass Energie gespart werden wird. Wir erwarten nach wie vor, dass sich alle Beteiligten um einen sparsamen Verbrauch von Strom, Heizenergie und Wasser bemühen.

Die CVP-Fraktion hat festgestellt, dass die Vereine zu ihrer Anlage wirklich Sorge tragen. Wir anerkennen, dass ausserordentlich viel freiwillige Arbeit in Betrieb und Unterhalt der Anlage geleistet wird. Die Niedermatten geben immer noch ein gutes Bild ab, sie erfüllen ihren mehrfachen Zweck. Höchst achtenswert ist auch der Beitrag, welcher die Vereine für die Volksgesundheit leisten. Sie ermöglichen Hunderten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, und die sportlichen Leistungen der Benutzer tragen zum Ansehen unserer Gemeinde bei.

Die CVP-Fraktion ist mit der getroffenen Vereinbarung einstimmig einverstanden und will sie nach sechs Jahren überprüfen lassen, wie das die GPK vorgeschlagen hat. Die sechs Jahre geben den Vereinen eine Garantie für eine gewisse Beständigkeit. Sie geben aber auch dem Gemeinderat das Mittel in die Hand, rechtzeitig neue Gespräche einzuleiten. Vier Jahre waren eine zu kurze Zeitspanne.

Frischknecht Julia, GLP: Unsere Fraktion befürwortet die Idee der GPK, dass nach sechs Jahren eine Überprüfung stattfinden soll und diese auch mit einer Zielsetzung verbunden wird. Es wäre für uns auch wünschenswert, dass man über die gesamte Grundsatzvereinbarung nachdenken und eventuell ein paar Anpassungen vornehmen würde.

Zu der Beteiligung der Vereine. Wir verstehen, dass sie finanziell nicht überstrapaziert werden können und finden deshalb den Kostenteiler von 2.6% in Ordnung. Wir schauen aber mit Sorge auf die grossen Investitionen, die auf die Gemeinde und die Vereine zukommen werden. Gerade mit den 2.6% wird beispielsweise ein Begehren für einen neuen Kunstrasen einen schweren Stand haben. Es wäre bedauerlich für die Vereine, wenn ihre Begehren, wegen der finanziellen Lage der Gemeinde, abgelehnt werden müssten. Wenn der Kostenteiler in sechs Jahren vielleicht angepasst würde, könnte das die Chancen für die Begehren erhöhen. Wir werden dem Bericht und Antrag zustimmen, weil immerhin kleine Schritte in die richtige Richtung gegangen werden.

Küng Magdalena, Grüne: Die Fraktion der Grünen wird den Antrag annehmen. Es wurde, sicherlich nur dank viel Arbeit und Einsatz, ein Konsens zwischen den Sportverbänden und der Gemeinde gefunden, mit dem auch die Verbände leben und weiterarbeiten können. Alle offenen Kernanliegen wurden unserer Meinung nach beantwortet, und wir möchten den Parteien für ihr gegenseitiges Entgegenkommen danken.

Ich gebe einen kurzen Kommentar zu den diskutierten Energiesparmassnahmen. Obwohl politische oder verwaltungstechnische Anreize natürlich immer erwünscht sind, ich danke Herrn Gallati für diesen Input, verstehe ich nicht, wieso Stromsparen an sich, nicht bereits Anreiz genug ist. Es liegt im eigenen Interesse der Vereine, dass in den Niedermatten Strom gespart wird.

Lanz Christian, SVP: Vieles habe ich schon bei der Rückweisung gesagt, deshalb nur noch einige Anmerkungen unserer Fraktion. Es ist verständlich, dass den Vereinen früher keine höheren Kosten übertragen wurden, heute aber, nach zehn Betriebsjahren, sieht die Situation sicher anders aus. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass im Tennisclub bereits darüber nachgedacht wurde, eine eigene Tennishalle zu errichten. Die Idee wurde aber wieder auf Eis gelegt.

Der Gemeinderat stellt immer wieder die wertvollen Dienste in den Vordergrund, die die Betreiber der Niedermatten für die Öffentlichkeit leisten. Das können wir nicht nachvollziehen. Es gibt noch viele andere Vereine und Gruppierungen in Wohlen, die sehr viel leisten und deutlich weniger Kosten verursachen, zum Beispiel Jungwacht, Blauring, Karate, Turnvereine und andere.

Bei der Aufteilung der Betriebskosten verweist der Gemeinderat auf die Stellungnahmen der Betreiber der Niedermatten. Es muss festgestellt werden, dass diese Angaben zum Teil nicht korrekt sind. Der Tennisclub hat die Aussage gemacht, dass der Vorstand seine Arbeit in ehrenamtlicher Tätigkeit ausübe. Das stimmt schon seit 2012 nicht mehr. Es werden der Vereinsführung Honorare bezahlt. Das ist kein Problem, doch Ehrlichkeit würde vom Einwohnerrat sicher geschätzt werden. Weiter ist zu lesen, dass die Anlage öffentlich gehalten sei und sehr rege benutzt werde, auch von Nichtmitgliedern. Wo sind diese Einnahmen ersichtlich? Der Tennisclub gibt auch bekannt, dass die Anlage zum grössten Teil selber unterhalten werde, das ist nicht neu, sondern war schon auf der Paul-Walser-Anlage so. Beim FC Wohlen wird einmal mehr erwähnt, dass die Kosten für die Polizeieinsätze (Kapo) nicht angebracht seien. Dazu die Frage, wer ist der Verursacher und wann wird die Verrechnung der Repol nun endlich ordentlich geregelt und mit einem Bericht und Antrag dem Einwohnerrat vorgelegt. Zur Stadionbeleuchtung möchten wir wissen, ob die Auflagen vom Fussballverband nur Empfehlungen oder wirklich Auflagen sind und ob die Möglichkeit zur Einsicht besteht. Wir möchten wissen, warum zum Ersatzplatz Rigacker die Gemeinde für Energiekosten im Jahr 2013 CHF 3'971.00 bezahlte, also das Doppelte als ein Jahr davor. Weshalb beträgt der Betrag für Unterhaltskosten durch Dritte CHF 9'200.00? Im Jahr davor waren es lediglich CHF 800.00. Wenn der Platz doch vermehrt zum Eigenbedarf der Kanti genutzt wird? Wo soll der Ersatzplatz entstehen und wie hoch werden die Kosten dafür geschätzt? Wer wird den Platz bezahlen, betreiben und wer bezahlt den Unterhalt? Noch einmal zum Energieverbrauch: Sind es wirklich Verbandsauflagen, sind es steigende Mitgliederzahlen oder sind es nur Vorwände? Die Aussage des Tennisclubs, dass der Mehraufwand auf Mitgliederzuwachs zurückzuführen ist, ist sonderbar, da der Tennisclub seit 2011 keinen Zuwachs verzeichnet. In diesem Bericht und Antrag sind nirgends die Auflagen und Vorgaben der eidgenössischen Verbände ersichtlich. Ist das transparente Führung?

Unsere Fraktion wird diesem Bericht und Antrag grossmehrheitlich nicht zustimmen.

Einzelvoten

Stäger Urs, SVP: Ich finde den Vertrag nicht gut, da unser Gemeinderat es versäumt hat, die umliegenden Gemeinden aufzufordern, sich an den Kosten zu beteiligen. Immerhin sind mehr als 50% der Benutzer Auswärtige, die keine Steuern in Wohlen bezahlen. Aus diesem Grund stelle ich folgenden Antrag:

„Der Energiebeitrag seitens Gemeinde sei auf CHF 60'000.00 / Jahr zu beschränken. Die beteiligten Vereine der Niedermatten schlüsseln die Differenz selbst auf.“

Lütolf Harry, CVP: Ich bin ein Sportmuffel und selten in den Niedermatten anzutreffen, trotzdem bin ich bereit, mit meinen Steuern einen kleinen Beitrag an den Betrieb der Anlage zu leisten. Ich bin sicher, dass viele andere Sportmuffel das auch gerne tun, es gibt verschiedene Gründe dafür, zum Beispiel die eigenen Kinder, die die Anlage nutzen. Ich persönlich unterstütze den Antrag, finde aber den Zusatzantrag sinnvoll. Ich bin der Meinung, dass man in sechs Jahren auch den Aspekt der Fremdnutzung prüfen sollte. Ich habe gehört, dass die Anlage, für Veranstaltungen, von anderen Leuten genutzt wird. Die Anlage sollte primär durch Wohler Vereine genutzt werden, und wenn sie doch durch andere Vereine genutzt wird, sollten diese einen Kostenbeitrag leisten, der in die Gemeindekasse fließt. Dass der Kostenbeitrag heute in die Vereinskassen fließt, finde ich nicht korrekt, das sollte in sechs Jahren neu beurteilt werden.

Burkard Thomas, Grüne: Ich finde, dass mit dem Bericht und Antrag ein guter Kompromiss vorliegt. Ich war an der Zusammenkunft im Januar dabei, weil ich einer der Unterzeichnenden der Grundsatzvereinbarung bin. Ich habe mit Interesse verfolgt, was hier über diese Vereinbarung gesagt wurde. Ich bin heute noch stolz darauf, dass ich die Grundsatzvereinbarung 2001, im Namen des Tennisclubs, unterzeichnen durfte. Sie hat viel Weitblick gezeigt und funktioniert seit zehn Jahren gut. Man muss das Ganze sehen. Die Gemeinde Wohlen kann massiv von der Anlage profitieren, nebst dem, dass drei grosse Vereine davon profitieren können. Die zusätzlich geschaffenen Freizeitanlagen werden durch eine weite, meist junge, Bevölkerungsschicht genutzt. Ich finde es heikel, auswärtige Nutzer zu beteiligen, da es schwierig ist, diese Beiträge zu gestalten.

Der Tennisclub hätte zwar gerne eine eigene Halle, kann sich diesen Wunsch aber nicht erfüllen. Dass er darüber gerade zum jetzigen Zeitpunkt mit der Zeitung gesprochen hat, finde ich auch unglücklich.

Es liegt auch keine Kostenexplosion vor, auch nicht in der Energiefrage. Wir bewegen uns um Kosten von rund CHF 90'000.00 für die ganz grosse Anlage, das hat sich in den letzten Jahren nicht verändert. Wenn man die Anlage mit der Burkertsmatt vergleicht, hat Wohlen wirklich eine fantastische Anlage zu einem ganz kleinen Preis erhalten. Die Gemeinden haben die Burkertsmatt auf dem Mutschellen für CHF 23 Mio. bauen lassen. Unsere Anlage hat CHF 7 Mio. gekostet und ich finde sie besser und schöner als die Burkertsmatt. Wohlverstanden, es war ein Glücksfall, dass die Paul Waser Stiftung ihr ganzes Vermögen eingebracht hat, aber ich bin froh, dass wir vor zehn Jahren die Gunst der Stunde genutzt haben.

Stäger Urs, SVP: Der Energieverbrauch beträgt in der aktuellen Rechnung CHF 97'935.00, der tiefste Energieverbrauch war 2009 mit CHF 82'285.00. Noch nie gab es einen so hohen Energieverbrauch wie heute. Die früher zuständige Gemeinderätin hatte ein Auge auf die Kosten, nun schaut niemand mehr hin. Für das Standortmarketing vermag die Niedermatten gut sein, solange einzelne Vereine keine komischen Verträge ausstellen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich bin zu 99% mit dem Votum von Thomas Burkhard einverstanden. Niemand hat gesagt, dass die Grundsatzvereinbarung von 2001 schlecht sei, ganz im Gegenteil. Sie hat dreizehn Jahre funktioniert und tut es immer noch, sie ist sicher gut. Sie deckt das Bedürfnis der Beteiligung an den Erneuerungskosten aber nicht ab, und heute stellt sich diese Frage. Die Beteiligung anderer Gemeinden sei schwierig, wurde gesagt. Das ist richtig, man sieht es auch an der Burkertsmatt. Das aufzugleisen wäre auch eine Vorlage für die Eisbahn und die Badi. Man müsste die anderen Gemeinden am Anfang ins Boot holen, auch bei den Entscheidungen mit einbeziehen, und nicht erst am Schluss versuchen, Einzahlungsscheine zu verschicken. Wenn man bei der Projektierung nicht involviert wird, will man auch nicht mitbezahlen. Wenn wir heute Nein sagen zu dieser Vorlage, passiert nichts in den Niedermatten. Die Vereine können so weiterarbeiten, wie in den letzten dreizehn Jahren. Es werden einfach keine CHF 15'000.00 jährlich eingehen, bis eine bessere Lösung vorliegt. Ich hoffe, dass der Antrag Stäger und der Antrag der GPK angenommen werden.

Sax Simon, GLP: Urs Kuhn hat vorhin gewünscht, dass er für die Überprüfung in sechs Jahren einige Zielvorgaben erhält. Ich möchte gerne eine Statistik sehen, die aufzeigt, wo die Vereinsmitglieder wohnen. Es interessiert mich, wer in den Vereinen aktiv ist und ob es hauptsächlich Wohler sind oder nicht.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Es ist nicht so, dass die Energiekosten nicht mehr kontrolliert werden, seit Doris Becker nicht mehr dort wirkt. Wir machen jedes Jahr eine Energiebuchhaltung. Diese wird in der Betriebskommission, gemeinsam mit den Vereinen, sehr kritisch hinterfragt. Wenn es in der Rechnung Ausreisser gibt, muss man auch das Wetter mit ein-

kalkulieren. Es gibt saisonale Schwankungen, die einen Einfluss auf die Energiekosten haben. Wir bewegen uns aber immer um die CHF 85'000.00. Ich bin damit einverstanden, dass die Gemeinde Wohlen, als Besitzerin und Betreiberin der Anlage, Geld in die Hand nimmt, um Energieoptimierungen vornehmen zu können. Wenn wir etwas ändern wollen, können wir es tun. Ich stelle fest, dass die Vereine im Tagesbetrieb einigermaßen kostenbewusst mit der Energie umgehen.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, auch deshalb, weil wir jetzt erfolgreich mit den Vereinen verhandelt haben. Wenn Sie ihn annehmen, müssen wir wieder von vorne beginnen. Selbstverständlich wird der Gemeinderat im Betriebsreglement alle Beschlüsse verbindlich festhalten. Als gute Partner, werden wir uns auch daran halten.

Abstimmung Abänderungsantrag

Dem Antrag der GPK auf Abänderung des Antrages des Gemeinderates auf

*Die zukünftige Aufteilung der Betriebskosten sowie die Beteiligung an den Erneuerungskosten zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und den Partnerorganisationen Genossenschaft Athleticum Niedermatten Wohlen, Fussball Club Wohlen und Tennis Club Niedermatten Wohlen sei für die folgenden **6 Jahre** zu bestätigen.*

wird mit 34 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen zugestimmt.

Abstimmung Zusatzantrag

Der Antrag der SVP

Der Energiebeitrag seitens Gemeinde sei auf CHF 60'000.00 / Jahr zu beschränken. Die beteiligten Vereine der Niedermatten schlüsseln die Differenz selbst auf.

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmung

Dem abgeänderten gemeinderätlichen Antrag

Die künftige Aufteilung der Betriebskosten sowie die Beteiligung an den Erneuerungskosten zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und den Partnerorganisationen Genossenschaft Athleticum Niedermatten Wohlen, Fussball Club Wohlen und Tennis Club Niedermatten Wohlen sei für die folgenden 6 Jahre zu bestätigen.

wird mit 28 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt.

Antwort zur Anfrage 12112 der Einwohnerratsfraktion SVP Wohlen-
Anglikon betreffend Betriebsreglement Sportzentrum Niedermatten
Wohlen

Lanz Christian, SVP: Wir sind mit den Antworten nicht zufrieden, verzichten jedoch aufgrund der vorangegangenen Debatte auf eine Diskussion.

Keller Anna, GPK: Der Gemeinderat stellt den Antrag für zusätzliche 80 Stellenprozent für den Informatikbereich. Der Einwohnerrat hat dieses Geschäft bereits im November 2013 behandelt und abgelehnt. Der Gemeinderat hat danach verschiedene Möglichkeiten geprüft, um die Unterbesetzung in der Informatikabteilung zu lösen. Er hat sich dann für die vorliegende Wiederbeantragung der Stellenpensenerhöhung entschieden.

Gemeindeammann Walter Dubler und Gemeindeschreiber Christoph Weibel haben uns erklärt, dass die anstehenden Projekte mit den vorhandenen Ressourcen nicht angegangen werden können. Die Gemeindeverwaltung kann ohne funktionierende Informatik nicht arbeiten. Um die Situation zu verbessern, stehen einige Erneuerungen an, die immer dringlicher werden. Sie stehen im Bericht und Antrag auf Seite 3. So dürfen die Erneuerung der Informatikumgebung und der Kauf einer neuen Telefonanlage auf keinen Fall weiter hinausgeschoben werden. Für die Telefonanlage sind keine Ersatzteile mehr beschaffbar, weil sie bereits so alt ist. Es kann auch jederzeit zu einem Absturz des Servers kommen. Das Netzwerk ist zudem sehr langsam. Mit der heute bestehenden Verkabelung ist aber keine höhere Datenübertragungsgeschwindigkeit erreichbar. Das hat zur Folge, dass Kunden teilweise nicht sofort bedient werden können, es entstehen Wartezeiten, oder man muss sie zurückrufen. Das ist nicht gerade effizientes Arbeiten.

Mit einem Wort: Die Informatikverantwortlichen sind mit dem Tagesgeschäft völlig ausgelastet. Um den Betrieb aufrechtzuerhalten, musste René Bossert bei Notfällen bereits des Öfteren von Zuhause aus arbeiten. Zum Glück sind die Informatikverantwortlichen auch meistens gesund, sonst gäbe es sehr schnell grössere Probleme in unserer Gemeindeverwaltung. Es braucht deshalb dringend eine weitere kompetente Person in dieser Abteilung. Dann können die anstehenden Informatikprojekte aufgegleist und auch die Absenzen besser überbrückt werden. Verschiedene anstehende Projekte haben eine Anlaufzeit von bis zu achtzehn Monaten. Es gibt viele Einzelschritte in diesen Projekten, wie Kriterien definieren und Offerten einholen. Dies benötigt Zeit. Um die Zeit dafür zu erhalten, liegt der Bericht und Antrag heute bereits wieder vor.

Die neue Stelle muss mit einer kompetenten Person besetzt werden, beispielsweise mit einem Wirtschaftsinformatiker, der Netzwerk- und Systemtechniker und Supporter ist, jemandem mit einer breiten Ausbildung und viel Berufserfahrung. Solche Leute sind gesucht und erwarten natürlich auch einen entsprechenden Lohn.

Die Stellenprozent für die Betreuung der Webseite sind in der Vorlage nach unten korrigiert worden. Sie wird extern betreut. Wie René Bossert erklärt hat, sind die 30% ein Durchschnittswert. Am Anfang einer Legislaturperiode, wenn sämtliche Daten von Gemeinderäten, Einwohnerräten, Kommissionen etc. angepasst werden müssen, gibt es wesentlich mehr Arbeit als in der übrigen Zeit. Die Webseite umfasst etwa 500 Seiten, die immer nachgeführt werden müssen. Zum Vergleich, eine private Webseite umfasst etwa 30 Seiten.

Letztlich stimmt die GPK dem Antrag mit 4 Ja zu 1 Nein Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich danke der Sprecherin der GPK für ihre präzisen Ausführungen. Wir legen die Vorlage heute noch einmal vor, aufgrund der Notwendigkeit der Stellenaufstockung und aus Sorge um den reibungslosen Ablauf der Verwaltung. Selbstverständlich nehmen wir die Beschlüsse des Einwohnerrates ernst, aufgrund von ernsten

Fakten, mussten wir die Lage jedoch noch einmal neu beurteilen. Wir haben verschiedene Varianten geprüft und sind schlussendlich zu dem Antrag gekommen, der Ihnen heute vorliegt.

Die Gemeinde wächst und das bringt neue Herausforderungen für die Verwaltung. Ich möchte darauf hinweisen, dass in den Geschäftsberichten der letzten Jahre immer sehr ausführlich über die Informatik berichtet wurde. Im neuen Geschäftsbericht sehen Sie, was alles geleistet werden muss. Ein spannender Punkt ist, was die Umfrage zu den Reaktionszeiten der EDV in den einzelnen Abteilungen ergeben hat. Eine Frage war auch, wie die spezifischen Programme laufen würden. Wir haben die Antworten erhalten und die Auswertung den GPK-Mitgliedern ausgehändigt. Die Resultate haben uns gezeigt, dass wir unbedingt handeln müssen. Wir können uns, keine langsamen Reaktionszeiten erlauben, weder bei der täglichen Arbeit am Computer, noch bei Erteilung von Auskünften an Kunden. Es kann nicht sein, dass wir den Kunden keine telefonische Auskünfte erteilen können, weil der Computer zu langsam ist. Das ist sehr unproduktiv.

Die Informatik ist das Herz einer Unternehmung. Ich muss Ihnen deutlich sagen, wenn nichts geschieht, lehne ich jede Verantwortung dafür ab. Die Lage ist ernst, wir müssen jetzt handeln. Wenn die Anlagen aufgerüstet werden müssen, ist das komplex. Wir haben verschiedenste Fachbereiche und diese arbeiten mit unterschiedlichen Programmen. Wir können nicht einfach ein Ersatzteil bei Digitec kaufen. Wir bitten Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Hoffmann Thomas, FIKO-Präsident: Die Gemeinde Wohlen hat bekanntlich Informatiksorgen, wobei es sich um Hardwareprobleme handelt. In der Umfrage hat der Support eine durchwegs positive Beurteilung erhalten. Das ist der Verdienst von René Bossert und seinem Mitarbeiter. Eine schlechte Note hat die Reaktionszeit der Hardware erhalten. Mit der Aufstockung der personellen Ressourcen werden die Hardwareprobleme jedoch nicht beseitigt. Es braucht massive Investitionen in die Hard- und die Software, in die Verkabelung, und es müssen externe Fachleute hinzugezogen werden.

Aus dem Bericht und Antrag ist nicht ersichtlich, ob andere und eventuell günstigere Varianten für die Problemlösung geprüft wurden. Jeder, der Personal einstellt, weiss, dass eine Einstellung etwa sechs Monate dauert und weitere sechs Monate für die Einarbeitung benötigt werden, vor allem in die anscheinend sehr komplexe Umgebung der Gemeinde. Somit wird uns der Bericht und Antrag für die Erneuerung der Hard- und Software, die wirkliche Problemlösung, frühestens in einem Jahr vorgelegt werden. Solange läuft die Informatik weder schneller noch besser.

Weiter konnten wir vernehmen, dass die Stellenaufstockung sehr dringend sei. Es wurde erwähnt, dass bei einer Ablehnung derselben keine Garantie mehr für das Funktionieren der Informatik übernommen werden könne. Da kommt die Frage auf, weshalb der Bericht und Antrag, der bereits im Frühling 2013 vorlag, erst im November 2013 behandelt und abgelehnt wurde, und jetzt, wieder sechs Monate später, noch einmal vorgelegt wird. Es stellt sich die Frage, ob die CHF 100'000.00 Lohnkosten nicht besser in die Hardware und Verkabelung investiert werden sollten.

Die FIKO beantragt deshalb mehrheitlich die Ablehnung des Antrages und erwartet in einer der nächsten Sitzungen den Bericht und Antrag für die effektive Lösung des Problems, nämlich die Erneuerung der Hardware und Verkabelung.

Fraktionsmeinungen

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon/FDP: Über diesen Stellenantrag wurde in unserer Fraktion kontrovers diskutiert. Einerseits wurde verstanden, dass dies ein zweiter Hilfeschrei des Gemeinderates ist, um die interne Ressourcenproblematik zu entschärfen. Andererseits ist es aber enttäuschend, dass bezüglich Lohnhöhe für diese Stelle, nichts dazugelernt wurde. Wir sind gerne bereit, Unterstützung bei der Evaluation von marktgerechten IT-Löhnen zu leisten.

Folgende Punkte sprechen aber für die Bewilligung dieser Stelle:

- Das Risiko bei den Ressourcen, sprich den beiden Mitarbeitenden, darf nicht unterschätzt werden. Ein Ausfall eines Mitarbeiters, beispielsweise durch Ferienbezug, Kurs, Weiterbildung oder andere Gründe, reduziert das Personal um 50%. Somit werden auch die Leistungen, Problembehebungen, Dienstleistungen oder die Arbeiten im Tagesgeschäft reduziert. Ein zusätzlicher Mitarbeiter kann die Risiken verkleinern.
- Eine zusätzliche Ressource wird zudem Luft schaffen, um die dringend benötigten IT-Projekte zu beginnen (beispielsweise der Ersatz der Netzwerkinfrastruktur und Telefonanlage), welche im Kapitel 4 der anstehenden Projekte beschrieben sind.
- Ein weiterer Punkt ist die Qualität der Benutzerbetreuung. Diese wird sich dank den zusätzlichen Stellenprozenten erhöhen, was sich schliesslich in einer höheren Kundenzufriedenheit zeigen wird.

Es ist aus unserer Sicht eine Höchstleistung der beiden Angestellten, dass die IT-Systeme noch stabil laufen und es bis anhin keine grossen Katastrophen gegeben hat. Wir danken den beiden für ihren grossen Einsatz.

Folgender kritischer Punkt muss aber nochmals erwähnt werden:

- Obwohl der Einwohnerrat keine Befugnisse in Sachen Besoldung hat, ist anzumerken, dass beispielsweise ein kompetenter 35-jähriger IT-System Engineer, mit den benötigten IT-Zertifizierungen, im Markt einen Brutto-Jahreslohn von etwa CHF 90'000.00 hat. Einen solchen Mitarbeiter braucht es und keinen IT-Grossverdiener mit einem Lohn von CHF 130'000.00 (minus Sozialleistungen), wie es im Bericht und Antrag geschrieben wird. Ein solcher Lohn ist zu hoch angesetzt und entspricht nicht dem Markt. Beim Festsetzen des Lohns sollte der Gemeinderat Vernunft walten lassen und damit auch für zukünftige Stellenanträge seine Glaubwürdigkeit behalten. Die Gemeinde kann es sich nicht leisten, Luxuslöhne zu bezahlen.

Auch wenn sich die Budget Rahmenbedingungen für 2014 leicht verbessert haben, darf nicht mit dem grossen Lohnlöffel angerührt werden.

Wir denken, dass die Sicherstellung des täglichen Betriebes und das Angehen und Umsetzen von dringend benötigten Projekten eine sehr hohe Priorität haben, und es daher dringend notwendig ist, diesen Stellenantrag zu bewilligen. Unsere Fraktion stimmt dem Bericht und Antrag knapp zu.

Sax Simon, GLP/EVP: Der gleiche Stellenantrag wurde im November 2013 zu einem höchst unglücklichen Zeitpunkt gestellt. Das Budget 2014 war gerade ohne diese neue Stelle verabschiedet worden, und der Souverän hatte den beantragten Steuerfuss eben abgelehnt. Die finanzielle Lage sah nicht gut aus. Damals haben wir bereits die wichtige Bedeutung der Informatik anerkannt. Im Bereich der Webseitenbetreuung, mit den ausgewiesenen 60% Stellenprozenten, sahen wir jedoch ein Umverteilungspotential. Hat sich denn in den letzten sechs Monaten etwas geändert? Ja und nein. Einerseits konnte ein erfreuliches Jahres-

ergebnis 2013 publiziert werden, jedoch mit vielen ausserordentlichen Faktoren. Andererseits ist die finanzielle Lage im laufenden Jahr weiterhin angespannt und wird es auch in den zukünftigen Jahren bleiben.

Ich möchte hier noch die beiden Meinungen von Thomas Hoffmann und Walter Dubler zusammenführen. Ich unterstütze die Meinung der FIKO, dass die langen Reaktionszeiten auf ein Hardwareproblem zurückzuführen sind. Wir können zehn Stellen bewilligen und das Netzwerk wird trotzdem kein bisschen schneller laufen. Für den Ersatz der Hardware braucht es jedoch Manpower für die Planung, Umsetzung und Begleitung. Und da haben wir die Meinung vom Gemeindeammann bestätigt, dass es die Stellenerhöhung dringend braucht.

Ohne Informatik läuft nichts mehr, das wissen wohl die meisten Anwesenden aus eigener Erfahrung. Aufgrund der vielen anstehenden Projekte anerkennen wir den Anspruch auf mehr Manpower. Auch in der Schule wird es für den absehbaren Infrastrukturwechsel Fachwissen brauchen. Wir sind der Meinung, dass Inhouse-Lösungen einem allfälligen Outsourcing vorzuziehen sind. Allfällige Speziallösungen vielleicht ausgenommen. Es wäre für die ganze Verwaltung fatal, wenn es einen EDV-Unterhaltsstau geben würde. Kurz und gut: Wir haben uns überzeugen lassen, dass diese 80 Stellenprozente dringend notwendig sind. Wir werden dem Antrag zustimmen, in der Hoffnung, dass er, mit dem aktuellen Steuerfuss, finanziell verkraftbar ist.

Stirnemann Alex, SP: Das Stichwort 21. Jahrhundert ist heute Abend bereits einmal gefallen. Ich würde behaupten, dass jeder, der in diesem angekommen ist, weiss, wie wichtig eine funktionierende IT-Plattform ist. Im Bericht und Antrag wird gut aufgezeigt, welche grossen Projekte dieses Jahr angepackt werden müssen, und sie betreffen zu einem grossen Teil die Informatik. Die Behauptung, es sei nur ein Hardwareproblem vorhanden, scheint mir recht gewagt. Wenn man die Hardware ausbauen und unterhalten will, benötigt man genügend Personal dafür. Wenn man Geld in die Informatik investiert ist das nicht verkehrt, und gerade im Fall unserer Gemeinde könnten so die Wartezeiten verkürzt werden. Man bewilligt 80 Stellenprozente und erhält dafür eine reibungslos funktionierende Verwaltung. Zu diesem Deal sagt die SP Ja.

Burkard Simone, CVP: Wie wichtig eine funktionierende IT-Infrastruktur ist, wird wohl jedem hier bekannt sein. Auch die Gemeinde Wohlen ist auf reibungslose Abläufe im IT-Bereich angewiesen. Der Gemeinderat hat, im Gegensatz zum letzten Herbst, in diesem Bericht und Antrag sehr gut und nachvollziehbar begründet, weshalb der Stellenausbau im Bereich Informatik dringend notwendig ist. Es soll heute Abend nicht darum gehen, ob es 60 Stellenprozente für die Unterhaltung der Webseite benötigt, wie im Bericht und Antrag im Herbst unglücklich festgehalten wurde. Diese Sache ist vom Tisch. Es soll heute Abend auch nicht darum gehen, über ein Hardwareproblem zu argumentieren, das noch auf uns zukommen wird oder schon da ist. Die Stellenprozente braucht es unabhängig davon. Wenn man nur die systemische Entwicklung des Informatikbereiches in den letzten 14 Jahren betrachtet, wird deutlich, dass nichts gegen den Stellenausbau spricht. Die vielen anstehenden Projekte und die bevorstehende Systemumstellung unterstreichen diese Tatsache. Wir sagen grossmehrheitlich Ja zum Stellenausbau in der Informatik.

Brunner Edwin, SVP: Nicht schon wieder! Das war die einstimmige Reaktion der SVP-Mitglieder an der Fraktionssitzung. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag wird eine Entscheidung des Einwohnerrates wieder einmal nicht akzeptiert. Der Gemeinderat bringt den Antrag einfach noch einmal. Den Worten von FIKO-Präsident Thomas Hoffmann können wir folgen. Uns ist klar, dass man etwas unternehmen muss. Hier aber ein gut gemeinter Ratschlag der SVP an die Einwohnerräte: Lassen Sie uns gemeinsam zu unserem Entscheid betreffend Bericht und Antrag 12144 stehen. Verlangen wir vom Gemeinderat eine

Umverteilung von Stellenprozenten, die mit bestehenden Angestellten gelöst werden kann. Eine Personalaufstockung empfinden wir momentan als falsch. Wie heisst das Sprichwort so schön: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.“ Ist es nicht so, dass durch den Einsatz von EDV, Vereinfachungen und Verkürzungen von Arbeitsvorgängen erreicht werden? Damit werden auch Arbeitsstunden für andere Einsätze frei. Die Gemeindeangestellten in Wohlen sind im Grossen und Ganzen mit dem Bereich Informatik zufrieden. Immer wieder hören wir von der Gefahr eines Supergaus. Ein Supergau bleibt jedoch ein Supergau, egal mit wie vielen Angestellten in der Informatik. Die einzelnen Abteilungsleiter müssen dazu angehalten werden, vermehrt Support zu Informatikfragen innerhalb ihrer Abteilungen zu leisten. Eventuell muss der ganze Support bzw. die EDV-Organisation neu beurteilt werden. Wir sind ganz klar der Überzeugung, dass die Aufstockung um eine Informatikstelle nicht die Lösung des Problems darstellt, deshalb sagen wir klar Nein zur heutigen Vorlage.

Burkard Thomas, Grüne: Wie bereits beim ersten beantragten Stellenausbau in der Informatik im letzten November, stimmt die Fraktion der Grünen auch dem zweiten Antrag einstimmig und diskussionslos zu. Wir meinen, dass der Stellenausbau in der Informatik sinnvoll ist. Der vorliegende Antrag ist nach unserer Beurteilung sehr gut und nachvollziehbar begründet. Vergleichbar grosse Gemeinden verfügen über ein wesentlich grösseres Informatikteam, das sollte uns Richtschnur sein. Es müssen Projekte aufgelegt und Anträge geschrieben werden. Das kann keine Hardware leisten, sondern nur Menschen. In diesem Sinn haben wir Vertrauen, auch in das Team Bossert und Rossetti, welches uns jetzt, im Namen des Gemeinderates, den Antrag unterbreitet. Wir befürworten diesen Antrag klar.

Einzelvoten

Tanner Peter, SVP: Die Befürworter dieser Aufstockung müssten eigentlich sagen, ob sie diese eher temporär, für anstehende Projekte, beschlossen haben möchten oder dauerhaft. Man könnte die Projektarbeiten auch outsourcen. Eine Verkabelung beispielsweise macht ohnehin kein IT-Mitarbeiter unserer Gemeinde, diese wird extern vergeben werden. Dafür und für die Beschleunigung des ganzen Systems habe ich noch kein Argument gehört, weshalb man die Stellenaufstockung machen sollte.

Ich möchte noch auf ein anderes Problem aufmerksam machen: Es geht jetzt um eine neue Stelle, die wir bereits einmal abgelehnt haben. Vorhin haben wir von der Kostenbeteiligung in den Niedermatten von 2.6% gesprochen, das ergibt eine Differenz von gut 97%, die wieder der Steuerzahler bezahlen muss. Bei der ersten Budgetabstimmung wurde 3% Steuerfusserhöhung gewünscht. Es läuft wieder darauf hinaus, Antrag um Antrag wird gesagt, es sei dringend nötig. Alles generiert wieder mehr Kosten und am Schluss wird es heissen, dass man den Steuerfuss erhöhen muss. Das Volk wird das nicht mitmachen. Wenn das Budget wieder mit einem höheren Steuerfuss vorgelegt wird, dann sind wir schuld, bei jeder Einwohnerratssitzung generieren wir mehr Kosten. Das geht einfach nicht. Die Kompensation, die vorhin angesprochen wurde, innerhalb des Gemeindehauses Stellen umzuverteilen, wäre wenigstens kostenneutral. Wenn es überhaupt eine zusätzliche Stelle braucht.

Stäger Urs, SVP: Der Gemeinderat hat sich offenbar nicht besonders intensiv mit der Problematik und den Umfrageergebnissen befasst, sonst hätten wir heute einen Bericht und Antrag für eine Verkabelung vorliegen, diese braucht es. Herr Bossert war in der GPK und hat glaubhaft gemacht, dass es langsam schwierig wird, weil das Netzwerk total veraltet ist, entstehen lange Wartezeiten und andere Probleme in der EDV. Mit einer neuen Verkabelung könnten 80% der Probleme behoben werden. Die Stelle in der EDV wird früher oder später notwendig werden, davon konnte mich Herr Bossert auch überzeugen, aber zum jetzigen Zeitpunkt würde sie nicht viel zur Problemlösung beitragen.

Geissmann Thomas, FDP: Wir sehen den Bedarf für eine zusätzliche Stelle als erwiesen an. Unsere Beobachtung ist aber, dass neue Angestellte ständig in den oberen Lohnbändern eingestuft werden. Wir haben bereits letztes Jahr moniert, dass uns das stört. Im neuen Bericht und Antrag ist die Stelle aber wieder mit einer Lohnsumme von CHF 130'000.00 ausgeschrieben. Die Summe mag für diese Stelle zutreffen, aber für die Benutzerschulung oder das Abfüllen einer Webseite, braucht es sicher keinen Akademiker.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Zu den unterschiedlichen Argumenten möchte ich nichts mehr sagen. Einige Einwohnerräte kann man einfach nicht überzeugen. Wir haben ein Personalreglement, das der Einwohnerrat erlassen hat. In diesem sind Lohnbänder, mit genau definierten Kriterien, wie Einstufungen erfolgen müssen. Die Lohnbänder sind 2005 von einer Arbeitsgruppe erstellt worden, in der auch Einwohnerräte waren. Für die Personalführung ist nur der Gemeinderat zuständig. Er beurteilt, welche die erforderlichen Kriterien für eine Stelle sind und welche Einstufung diese ergeben. Es gibt natürlich einen Unterschied zwischen der Lohnhöhe eines Vorgesetzten und der eines Angestellten. Ich kann Ihnen versichern, dass wir marktgerechte Löhne bezahlen. Wenn der Einwohnerrat kein Vertrauen in den Gemeinderat hat, funktioniert die Gemeinde irgendwann nicht mehr. Man kann den Gemeinderat abwählen und sich selbst zur Verfügung stellen, wenn man das Gefühl hat, dass der Gemeinderat seine Arbeit nicht richtig erledigt. Schenken Sie uns Ihr Vertrauen, die Notwendigkeit für diese Stelle ist gegeben. Der entscheidende Punkt ist der, dass Arbeiten geleistet werden müssen und nicht einfach Kabel gelegt werden können. Als Gemeindeammann trage ich überdurchschnittlich viel Verantwortung für die Verwaltung, ich gebe hier aber zu Protokoll, dass ich, bei einer negativen Entscheidung, jegliche Verantwortung ablehnen werde.

Lütolf Harry, CVP: Ich schenke dem Gemeinderat Vertrauen und glaube, dass er nicht ohne Not, bereits ein halbes Jahr nach dem letzten Antrag um Stellenaufstockung, dem Einwohnerrat diesen wieder unterbreitet. Ich vertraue auch darauf, dass das Geschäft dringlich und notwendig ist. In der Summe kann ich dem Antrag zustimmen. Was der FDP Unbehagen bereitet ist, dass der Antrag nur auf zusätzliche 80 Stellenprozent lautete. Es wird keine Lohnhöhe genannt. Ich werde jetzt aber keinen Änderungsantrag stellen. Weniger Vertrauen bringe ich dem Gemeinderat entgegen, wenn ich auf Seite 4 unter Punkt 7 lese, dass der Lohn marktgerecht sei. Wenn man die Lohnsumme auf 100% hochrechnet, könnte der Mitarbeiter mit einem Bruttolohn von CHF 112'996.00 (CHF 8'692.00 x 13) rechnen. Auf der gleichen Seite sehen wir auch in der Tabelle, dass die Stelle keine Leitungsfunktion hat. Zufälligerweise habe ich ein dickes Buch vom Amt für Wirtschaft und Arbeit vom Kanton Zürich dabei. In diesem Buch sind alle Lohnraten für die ganze Schweiz aufgeführt, für jede Branche, für jede einzelne Berufsgattung. Es gibt eine Rubrik IT mit Dutzenden von Positionen, für die der Bruttolohn ausgewiesen wird. Bei keiner einzigen Position finde ich einen Bruttolohn von CHF 8'692.00. Die Löhne sind im Schnitt etwa CHF 1'000.00 tiefer. Ich bitte den Gemeinderat deshalb, diesem Punkt, bei den Lohngesprächen, Beachtung zu schenken und einen deutlich tieferen Lohn anzubieten. Diese Zahlen sind erhärtet und nicht einfach aus dem hohlen Bauch heraus geschätzt. Das Buch schenke ich gerne dem Gemeinderat, wenn er es sich anschauen möchte.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Bewilligung von zusätzlich 80 Stellenprozenten für den Bereich Informatik.

wird mit 24 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen zugestimmt.

Motion 13003 betreffend haushälterische Nutzung des Baugebiets durch Erhöhung der Gebäude- und Firsthöhen in der Kernzone

Lütolf Harry, CVP: Sie mögen sich daran erinnern, dass wir im November 2013, im Zusammenhang mit der neuen BNO, diesen Antrag, mit der mehr oder weniger gleichen Formulierung und Begründung, bereits eingebracht haben. Aus verschiedenen Gründen haben wir dann darauf verzichtet, der Vorlage zum Durchbruch zu verhelfen und angekündigt, sie zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal separat dem Einwohnerrat zu unterbreiten. Die CVP möchte dies nun mit dieser Motion tun.

Es geht im Wesentlichen darum, dass die vielgelobte Verdichtung nach innen, auf die Art wie wir sie hier vorstellen, möglich werden soll. Ein grosser Teil der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in diesem Land möchte nicht, dass Bauzonen sich weiter gegen aussen fressen. Es könnte auch in Wohlen passieren, dass, bei einer nächsten Zonenplanrevision, Begehlichkeiten gestellt werden, an den Rändern der Peripherie neue Siedlungen zu bauen, die sich dann weiter ins Land hinaus fressen. Wir möchten das verhindern. Wir möchten, dass in der Kernzone verdichtet gebaut wird. Konkret heisst das, dass ein zusätzliches Geschoss möglich werden soll, in Relation zu den geltenden Bestimmungen natürlich.

Wir denken, dass dieser Antrag ein vernünftiger Vorschlag ist. Wenn Sie beispielsweise das Vögele-Gebäude anschauen, dann wäre, nach der geltenden Ordnung, kein zusätzliches Geschoss mehr möglich. Es ist 14 Meter hoch und die geltende Ordnung sieht vor, dass die Gebäudehöhe maximal 16 Meter betragen darf. Wenn diese Motion angenommen wird, kann ein zusätzliches Geschoss gebaut werden. Das könnte man dann natürlich auch bei anderen Gebäuden in der Kernzone tun. Das wird ein Prozess sein, der Jahre dauern wird. Wir werden noch lange keine Verhältnisse wie in Manhattan haben. In Baden oder Aarau kann heute bereits höher gebaut werden als bei uns. In Wohlen soll man in der Kernzone auch höher bauen dürfen. Damit könnte eine grosse Personenzahl in der Kernzone eine Bleibe finden, ohne dass man zusätzliches Landwirtschaftsland verbauen müsste.

Ich bitte Sie, im Namen unserer Fraktion, diese Motion zu unterstützen. Wir erwarten nicht, dass der Gemeinderat morgen mit einem Bericht und Antrag vorstellig wird und eine Revision vorschlägt. Er darf sich dafür gerne einige Jahre Zeit nehmen und uns dann einen sauberen Bericht und Antrag unterbreiten.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Am 4. November 2013 genehmigte der Einwohnerrat einstimmig die Revision der Nutzungsplanung Siedlung. Der Regierungsrat hat diese am 26. März 2014 ebenfalls genehmigt. Aufgrund der Rechtssicherheit für die Eigentümer, ist eine aus der Bearbeitung der Motion notwendigerweise resultierende, grundlegende Revision der Bau- und Nutzungsordnung (BNO) in den nächsten Jahren jedoch nicht möglich.

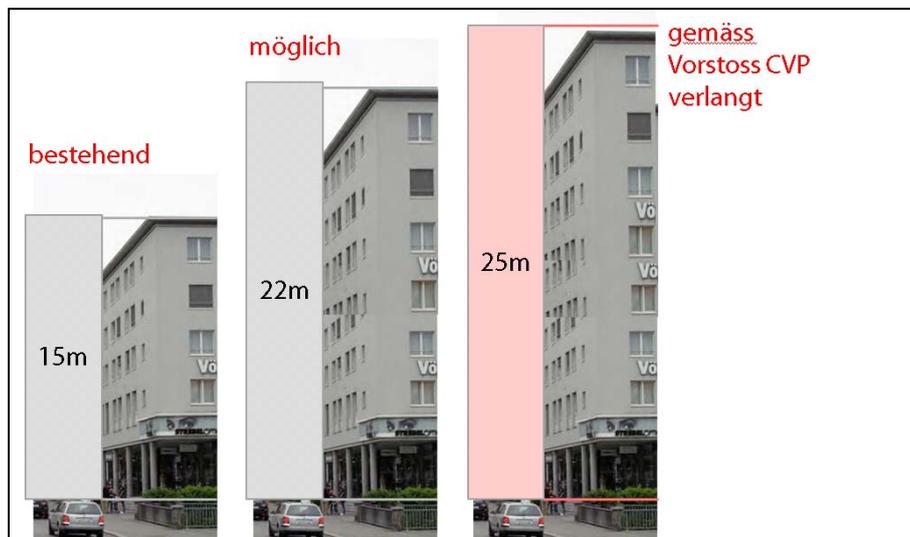
Die Revision der Nutzungsplanung Siedlung verfolgt das Ziel einer Innenentwicklung, durch die Abschaffung der Ausnützungsziffer in der Kernzone. Zusätzlich sind bei der Revision der Bau- und Zonenordnung 2006 in der Kernzone die Grenzabstände deutlich auf neu vier Meter verringert worden. Die mögliche Gebäudehöhe beträgt heute 16 Meter, bzw. die Firsthöhe 19 Meter, was fünf Vollgeschossen plus Attikageschoss entspricht. Neu zu erstellende oder zu sanierende Gebäude können damit bereits mit der gültigen Regelung mindestens ein Geschoss plus Attikageschoss höher werden. Mit der Nutzung des Arealbau-Bonus (Grundstückflächen > 2'000 m²) ist ein weiteres Geschoss möglich. Mit der Abschaffung der Ausnützungsziffer in der Kernzone entsteht weiterer Spielraum.

Beispiel Gebäude Vögele:

	Vögele-Gebäude 15 m Gebäudehöhe, Parzelle ca. 4700m ²
	möglich mit heutiger BNO mit Arealüberbauungsbonus: + 1 Geschoss + 1 Attikageschoss → 22m Gebäudehöhe
	möglich mit Vorstoss CVP mit Arealüberbauungsbonus + 2 Geschoss +1 Attikageschoss → 25m Gebäudehöhe

Höhenentwicklung

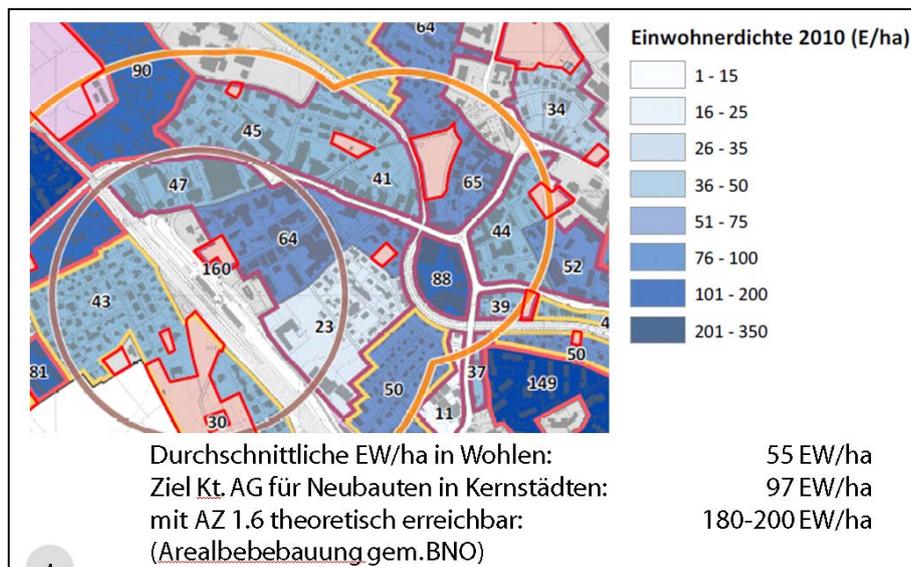
Die Umsetzung der Motion der CVP-Fraktion würde zwar weiteren Spielraum schaffen. Die Auswirkungen auf die Siedlungsqualität können ohne vertiefte Prüfung jedoch nicht abgeschätzt werden. Nebst der Eingliederung ins Ortsbild werden durch zusätzliche Gebäudehöhen beispielsweise auch Fragen des Schattenwurfs, der Erschliessung und des ruhenden Verkehrs aufgeworfen, die im Rahmen einer sich über alle Parzellen der Kernzone erstreckende Vertiefung des Masterplanes Zentrum detailliert aufgearbeitet werden müssten. Aus städtebaulicher Sicht ist an gewissen Orten (z.B. in der Umgebung von Denkmalschutzobjekten wie der Kirche) die Ausschöpfung der bereits heute möglichen Höhen, bzw. eine Ausnützungsziffer von 1.6 nicht erwünscht.



Eine Ausnützungsziffer von 1.6 würde eine Einwohnerdichte von 180 – 200 EW/ha bedeuten. Für Kernstädte rechnet das Departement Bau, Verkehr und Umwelt im Rahmen der aktuellen Revision des kantonalen Richtplans (Festlegung des Siedlungsgebietes) bei Neubauten mit einer Dichte von 97 EW/ha. Wohlen weist über das gesamte Gemeindegebiet aktuell eine Einwohnerdichte von 55 EW/ha auf.

Einwohnerdichte

Die Berechnung der Einwohnerkapazitäten von 700 Personen gemäss der Motion der CVP ist deutlich zu hoch. Bei der Berechnung wird von einer hundertprozentigen Realisierung der vorhandenen Potentiale ausgegangen. Erfahrungen aus Studien (z.B. Raum+ der ETH Zürich) zeigen, dass bei gut 40% der Flächen sogenannte Mobilisierungshindernisse, wie mangelndes Eigentümerinteresse (z.B. auf Grund fehlender Wirtschaftlichkeit), Altlasten, Naturgefahren, Abstände, Immissionen, Unterschutzstellungen, Dienstbarkeiten, schwierige Topografie, ungünstiger Zuschnitt eines Grundstücks, fehlende Erschliessung, usw. bestehen. Gemäss Bundesamt für Energie betrug die jährliche Ersatzbaurate in der Schweiz unter 0.1%, das heisst das vorhandene Ausbaupotenzial wird nur sehr bedingt ausgeschöpft. Die Zahl der realistischer Weise für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre zu erwartenden zusätzlichen Einwohner in der Kernzone ist daher als gering einzustufen.



Die heutige Regelung der BNO erlaubt, zusammen mit der vom Einwohnerrat und vom Regierungsrat erst kürzlich genehmigten Abschaffung der Ausnützungsziffer in der Kernzone, bereits eine deutliche Innenentwicklung. Diese könnte zu einer massiv höheren Einwohnerdichte führen. Es bestehen zudem noch keine Erfahrungen mit der Abschaffung der Ausnützungsziffer in der Kernzone. Die Entgegennahme der Motion zum jetzigen Zeitpunkt würde es verunmöglichen, die Erfahrungen aus der Abschaffung der Ausnützungsziffer in der Kernzone zu nutzen. Die neue städtebauliche Regelung mit der Möglichkeit, gegenüber den bestehenden Bauten, mindestens ein Geschoss plus ein Attikageschoss realisieren zu können, soll zuerst abgewartet werden.

Eine Umsetzung in der BNO ist in den nächsten Jahren aufgrund der Rechtssicherheit für die Eigentümer nicht möglich. Eine Bearbeitung der Anliegen der Motion zum jetzigen Zeitpunkt wird daher nicht als zielführend angesehen und bindet unnötig Ressourcen. Eine Prüfung ist erst im Rahmen der Planung einer nächsten Revision sinnvoll. Bei einer späteren Revision können dann auch erste Erfahrungen mit der Abschaffung der Ausnützungsziffer in der Kernzone einfließen. Der Gemeinderat lehnt die Entgegennahme der Motion ab. Der Gemeinderat bittet den Einwohnerrat, die Motion abzulehnen.

Fraktionsmeinungen

Gallati Jean-Pierre, SVP: Unsere Fraktion lehnt die Motion der CVP ab. Wir teilen die Meinung des Gemeinderates. Bei der Begründung ist festzustellen, dass die Graphik, die wir vorhin gesehen haben, natürlich massiv übertrieben dargestellt ist. Das rechte Gebäude oben wäre ein Attikageschoss und gar nicht sichtbar.

Die Rechtssicherheit steht dem Anliegen nicht entgegen, wenn wir wollten, könnten wir natürlich die BNO und den Zonenplan ändern. Es wäre eine seltsame Entscheidung dies zu tun, so kurz nach dem der Regierungsrat den neuen BNO und Zonenplan genehmigt hat, aber machbar wäre es. Es gibt auch andere Gemeinden, die zeigen, dass dies gemacht werden kann.

Die wichtigste Frage für uns ist, ob es das praktische Bedürfnisse der Grundeigentümer, Investoren und Bauherren dafür gibt. Ich persönlich habe noch nie gehört, dass man in Wohnen noch einmal ein Geschoss auf das heute schon höhere Volumen stellen können müsse. Das ist kein praktisches Bedürfnis. Ich erinnere an die Motion Kohli für die Abschaffung der Ausnützungsziffer, die wir letztes Jahr in der BNO umgesetzt haben. Diese war ein praktisches Bedürfnis, für das wir alle auch mehrere Beispiele kennen. Wenn es ein praktisches Bedürfnis wäre, müsste uns Frau Imfeld Auskunft darüber geben.

Das wichtigste Argument ist, wie der Gemeindeamman bereits gesagt hat, dass wir jetzt ein paar Jahre Erfahrungen mit der neuen BNO machen müssen. Dann kann man sich überlegen, welches die dringendsten Bedürfnisse sind, die umgesetzt werden müssen, dieses hier, wird es wahrscheinlich nicht sein. Und um es kurz zu machen, das ist auch die Begründung für den nächsten Vorstoss, den wir auch ablehnen.

Lehmann Sandra, GLP/EVP: Unsere Fraktion steht dem Anliegen der Motion grundsätzlich positiv gegenüber. Wir finden aber den Zeitpunkt dafür verfrüht, nachdem wir im November 2013 die BNO verabschiedet haben und sie erst kürzlich vom Regierungsrat genehmigt wurde. Wir sind auch der Meinung, dass wir noch zuwarten sollten und Erfahrungen mit der heute geltenden BNO sammeln sollten, auch bezüglich der Abschaffung der Ausnützungsziffer in der Kernzone.

Wir haben jetzt noch Luft mit der bestehenden Gebäudehöhe. Wenn wir vom Vögelegebäude sprechen, sehe ich nicht nur die Höhe des Gebäudes, sondern auch die Ladenfläche. Dort steht nämlich ein einstöckiger Komplex auf einer sehr grossen Fläche. Wir haben weitere Beispiele in der Kernzone wie beispielsweise die Azag, dort sollte man dringend etwas tun. Wenn die Bauverwaltung neue Baugesuche erhält, sollte man schauen, dass die Verdichtung ausgenützt wird.

Dann sehen wir auch ganz deutlich ein Ressourcenproblem auf der Bauverwaltung. In den nächsten Jahren stehen wirklich viele Projekte an, diese sollten jetzt angegangen werden können und nicht wieder in eine Revision laufen. Grundsätzlich stehen wir der Motion aber positiv gegenüber, wenn sie in vier oder fünf Jahren wieder eingebracht wird.

Meier Cyrille, SP: Wir stehen dem Anliegen, im Kern verdichtet zu bauen und gegen aussen nicht weiter einzuzonen, positiv gegenüber. Eine Ausnahme davon könnte höchstens die Gewerbezone bilden. Aber wir haben letztes Jahr gerade eine BNO verabschiedet und damit bereits die Möglichkeit, ein zusätzliches Geschoss auf die bestehenden Gebäude zu bauen. Wir sehen deshalb jetzt keinen Handlungsbedarf. Man kann den Vorstoss der CVP in die nächste Bauzonenrevision einfliessen lassen, aber jetzt sollten wir zuerst Erfahrungen mit der neuen BNO sammeln. Später werden wir sehen, ob die Erhöhung ein wirkliches Bedürfnis ist.

Severa Jan L. FDP/Dorfteil Anglikon: Vor einem Jahr hat das Schweizer Stimmvolk relativ deutlich der Revision des Raumplanungsgesetzes zugestimmt. Auch Wohlen hat mit über 66% dafür gestimmt. Die vorliegende Motion ist aus diesem Grund eine logische Konsequenz davon. Aus liberaler Sicht sind wir grundsätzlich der Meinung, dass es niemandem verboten werden sollte, sein Gebäude um ein Geschoss aufzustocken, wenn dadurch niemand zu Schaden kommt. Die Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz und in Wohlen zeigt trotz Masseneinwanderungsinitiative steil nach oben. Die richtige Planung ist deshalb nicht nur von Vorteil, sondern ein Muss. Auch wenn heute noch niemand von dieser Motion profitiert, oder noch kein aktueller Bedarf da ist, in Zukunft wird garantiert einer vorhanden sein. Gerade deshalb gilt aus meiner Sicht das Argument nicht, dass man doch auf die nächste Revision der BNO warten solle. Die aktuelle Fassung der BNO benötigte eine lange Bearbeitungszeit bis sie schliesslich vom Regierungsrat genehmigt wurde. Auch eine neue Revision wird nicht einfach realisierbar werden. Die Weichen müssen deshalb bereits heute gestellt werden, damit wir für die Zukunft gewappnet sind. Unsere Fraktion spricht sich deshalb einstimmig für die Überweisung dieser Motion aus.

Keller Anna, Grüne: Wir finden die Motion grundsätzlich interessant, weil wir das verdichtete Bauen in der Kernzone befürworten. Wir sind aber der Meinung, dass es Gründe gibt, die momentan dagegen sprechen, die frisch revidierte BNO wurde schon einige Male genannt. Die neue BNO geht von einer Einwohnerzahl von 18'000 Menschen aus, dafür haben wir momentan noch genug Baulandreserven.

Noch mehr Verdichtung würde für uns Grüne bedeuten, dass man auch Auszonungen vornehmen müsste. Wir wollen kein unbegrenztes Wachstum in Wohlen. Hinzu kommt, dass es für mehr Einwohner auch mehr Infrastruktur braucht, das hat bisher niemand angesprochen. Das müsste Wohlen auch noch verkraften können. Im Moment sind wir deshalb gegen diese Motion.

Einzelvoten

Brunner Edwin, SVP: Die haushälterische Nutzung der vorhandenen Bodenreserven ist seit langem ein wichtiges Thema der SVP. Es ist ein Dauerbrenner, der nicht nur die lokale, sondern auch die gesamtschweizerische Politik betrifft. Als Lokalpolitiker müssen wir vor allem die lokalen Gegebenheiten berücksichtigen. Schon heute haben wir in Wohlen die Situation, dass bei den meisten Neubauten, die bis anhin mögliche Ausnützungsziffer, nicht beansprucht wird. Es ist also kein aktuelles Bedürfnis da. Bei Umbauten gilt es auch zu bedenken, dass die Bausubstanz in vielen Fällen eine Aufstockung gar nicht zulässt.

Der Motionär belehrt uns am Ende seiner Motion mit einer "Milchbüchlirechnung". Wollen wir in der Kernzone wirklich zusätzlichen Wohnraum für 700 Personen schaffen? Was wären die Folgen einer solchen Bevölkerungsexplosion? Wir müssten zusätzlichen Schulraum schaffen, zusätzlich zum bereits geplanten. Wir hätten ein höheres Verkehrsaufkommen in der Kernzone, müssten aber auch zusätzliche Infrastruktur bieten. Wollen wir das wirklich? Haben wir die Mittel dafür? Die Motion wirft mir zu viele neue Fragen auf. Ich erachte die Motion als überflüssig, da schlichtweg der Bedarf nicht vorhanden ist.

Meyer Meinrad, CVP: Ich möchte mich dem Votum von Jan L. Severa anschliessen. Es ist ja nicht so, dass wir höher bauen müssen, wenn wir die Motion heute überweisen. Wir verbauen uns aber die Möglichkeit dafür nicht.

Steiner Annalise, SVP: Wohlen weist bereits heute, mit 246 Leerwohnungen, die höchste Zahl an Leerwohnungen im Kanton Aargau auf. Hinter dem Chappelhof und an der Bünzstrasse hat man zwei Mehrfamilienhäuser neu gebaut und am Bahnhof Hochhäuser.

Ich frage mich, wo das hinführt. Man kann doch nicht immer nur bauen und aufstocken, ich bin eher für einen Baustopp.

Tanner Peter, SVP: Wir müssen die Konsequenzen dieser Motion heute schon berücksichtigen. Anna Keller hat es vorhin gesagt, wir haben ein Ressourcenproblem in der Bauverwaltung. Die Verschärfung dieses Problems wäre nur eine Konsequenz dieser Motion, eine andere wäre der Mehrbedarf an Schulraum. Wir müssten sofort ein zweites Schulhaus planen, projektieren und bauen, und wir verfügen noch nicht einmal über den heute bereits bitter notwendigen Schulraum. Der Bedarf für mehr Wohnraum ist überhaupt nicht ausgewiesen, und es wird heute bereits höher gebaut. Ich möchte gerne in Erinnerung rufen, dass auf das Vögele-Gebäude noch ein Voll- und ein Attikageschoss gebaut werden dürften. Und das wäre auch bei anderen Gebäuden möglich. Wie schnell dies geschehen wird, weiss man nicht, aber man muss auch hier mit relativ baldigen Bauvorhaben rechnen. Wo wird das hinführen, wenn dann wirklich so verdichtet gebaut werden darf? Wir müssten eigentlich sofort das Isler-Areal für alle Bauvorhaben blockieren, damit dort noch ein wenig Grünfläche erhalten bleibt. Bitte lehnt diese Motion ab.

Lütolf Harry, CVP: Wir fühlen uns heute nicht ernst genommen. Im November 2013 hat man uns gesagt, wir sollten den Antrag später bringen, das haben wir nun getan. Jetzt heisst es wieder, wir sollen ihn später bringen. Wenn man das Tempo anschlägt, welches der Gemeinderat vorschlägt, dann wird die nächste Zonenplanrevision in fünfzehn Jahren fällig. Dann wird man erst in fünfzehn Jahren wieder über dieses Anliegen nachdenken, und das kann doch nicht die Lösung sein.

Die Grünen, Grünliberalen und andere Parteien haben, in ihren nationalen Parteiprogrammen, die Verdichtung nach innen abgesegnet. Jetzt ist der Zeitpunkt da, es auch zu tun. Jean-Pierre Gallati hat gesagt, das Bedürfnis wäre nicht da, doch jeder Grundeigentümer lechzt danach, höher bauen zu dürfen. Hinzu kommt, dass das höchst begehrte Wohnlagen sind. Franz Wille hat beispielsweise in der Kernzone eine sehr schöne Attikawohnung, und es gibt noch viele Andere, die das Bedürfnis haben, in der Kernzone wohnen zu können. Es ist bequem, in der Kernzone zu wohnen, und vor Ort einkaufen zu können. Man spart sich den Weg mit dem Auto und fördert auch keinen Mehrverkehr.

Zur Graphik in der Präsentation möchte ich sagen, dass die Darstellung der Höhen falsch ist, die First- und Gebäudehöhe werden durcheinandergebracht. Unser Vorschlag ist, dass die maximale Gebäudehöhe 19 Meter betragen darf. Wir wollen eine vertretbare Lösung, so wie sie auch in Aarau und Baden gefunden wurde.

Geissmann Armin, FDP: Wir müssen im Einwohnerrat keine Verhinderungspolitik betreiben, sondern gemeinsam vorwärts schauen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Den Vorwurf von Harry Lütolf muss ich zurückweisen. Wir haben letztes Jahr gesagt, sinnvollerweise würde man die beiden Anträge nicht im Rahmen der BNO behandeln. Das hätte zum Absturz der Vorlage geführt, weil es sich um eine wesentliche Änderung handelte und es nicht mehr möglich gewesen wäre, die Vorlage dem Regierungsrat, vor dem 31. Mai 2014, zur Genehmigung vorzulegen. Der beschlossene Zonenplan enthielt einige wesentliche Einzonungen, die wir dann nicht mehr hätten vornehmen können. Das war der Grund, weshalb wir den Zeitpunkt für die Anträge verschieben wollten. Wir haben aber nicht gesagt, dass wir das nächste Mal zustimmen würden.

Wenn Harry Lütolf sagt, es sei ein dringendes Bedürfnis sämtlicher Grundeigentümer, in der Kernzone höher bauen zu dürfen, dann soll er Namen nennen. Welcher Grundeigentümer hat einen Brief an den Gemeinderat geschrieben, in dem stand, er müsse dringend höher bauen dürfen?

Abstimmung

Die Motion 13003 betreffend haushälterische Nutzung des Baugebiets durch Erhöhung der Gebäude- und Firsthöhen in der Kernzone.

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgewiesen.

Postulat 13004 betreffend haushälterische Nutzung des Baugebiets durch Schaffung von Hochhaus-Zonen

Wille Franz, CVP: Bei der Behandlung der Nutzungsplanung Siedlung und Revision Bauzonenplan am 4. November 2013, wurde uns im Einwohnerrat einigermaßen glaubhaft versichert, dass an der Vorlage keine wichtigen Ergänzungen oder Änderungen vorgenommen werden dürften, um die Vorlage als Ganzes nicht zu gefährden. Deshalb hat die CVP auf ihre konkreten Anträge verzichtet und dafür entsprechende Vorstösse angekündigt.

Das Postulat ist im Zusammenhang mit der vorgängig behandelten Motion zu sehen. In beiden Fällen geht es um die Möglichkeit, nach innen zu verdichten, statt das Baugebiet nach aussen zu erweitern. Beim Postulat geht es aber zusätzlich darum, die heute bestehende Situation zu regeln. Fakt ist: Es stehen zwar Hochhäuser in unserer Gemeinde, sie kommen aber in der Bauordnung und im Zonenplan nicht vor. Bemerkenswert ist, dass Ortsplaner, Gemeinderat und Verwaltung auf meine Frage an der GPK-Sitzung betreffend Hochhäuser erklärt haben, dass solche in der Kernzone möglich seien. Mit einem Gestaltungsplan seien maximal sechs Vollgeschosse möglich. Im Zonenplan müssten eigentlich Hochhäuser definiert werden, das sei aber in der jetzigen Revision nicht enthalten. Es handle sich um ein städtebaulich heikles Thema, Hochhäuser sollten in der Stadt und nicht in einem Dorf gebaut werden. Diese Art von Bauten sei nicht das, was sich der Gemeinderat für Wohlen vorstelle. Hat er dies ästhetisch oder soziologisch gemeint? An der Einwohnerratssitzung vom 4. November 2013 habe ich diese Frage erneut gestellt. Ich habe gesagt, dass aktuell 27 Häuser zwischen 6 und 10 Geschosse hoch seien und davon weder im Zonenplan noch in der BNO irgendetwas stehe. Der Gemeindeammann sagte darauf wörtlich: „Betreffend des von Franz Wille genannten Punktes, kann ich zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen, ob es möglich sein wird, Hochhäuser zu bauen.“ Damit war zwar meine Frage unvollständig beantwortet, weil es auch um bestehende Bauten ging, aber immerhin wurde nun, nimmt man die Aussagen in der GPK und im Rat zusammen, Folgendes bestätigt: In Wohlen gibt es zwar eine beträchtliche Zahl von Hochhäusern, aber der Gemeinderat will sie nicht, deshalb gibt es auch keine Bestimmungen darüber. Folglich sind die bestehenden Hochhäuser ausserhalb der Legalität der geltenden BNO, mit Ausnahme jener in der Kernzone mit Arealüberbauung mit sechs Stockwerken. Und weil man das heikle Thema nicht angehen wollte, hat man es einfach ausgelassen.

Hier setzt das Postulat an. Der Gemeinderat soll zuerst einmal nur prüfen, das ist der Sinn eines Postulates, ob es möglich und erwünscht ist, für bestehende und allenfalls neue Hochhäuser, entsprechende Bestimmungen in der BNO zu schaffen und diese in den Zonenplan aufzunehmen. Dies soll bei einer nächsten Revision umgesetzt werden.

Das Problem besteht andernorts auch. Beispielsweise sind in Baden in den Zonenplänen bestehende Hochhäuser punktuell in anderen Zonen eingezeichnet, und auch neue Standorte vorgesehen. Man sagt dem „gezielt gesetzte Hochhausperimeter“.

Im Fall von Wohlen wären es, wenn ich nur die Kategorie der acht- bis zehnstöckigen Gebäude mit 25 Metern Gebäudehöhe und mehr, nehme:

In der W3:

- die beiden Bauten im Litzibuech (zehnstöckig)
- im Wil drei Bauten mit acht Stockwerken

- im Wilerzelg links und rechts der Villmergerstrasse vier Bauten (acht- bis zehnstöckig), darunter der Freiämterhof
- ein Gebäude im Farn (achtstöckig)
- zwei Bauten im Bifang. Auch das Altersheim Bifang hat mehr als sechs Stockwerke

In der Kernzone:

- das Hochhaus Rex (zehnstöckig) und der Bau gegenüber (achtstöckig)
- interessanterweise haben auch die neuen Bauten am Bahnhof Wohlen mehr als sechs Stockwerke.

Und neue Standorte? Wäre es zum Beispiel nicht erwünscht, auf dem zentral gelegenen und traurig untergenutzten Azag-Gelände ein Hochhaus wie das Rex zu ermöglichen?

Der CVP geht es vor allem darum, dass bestehende zonenfremde Hochhäuser eine rechtliche Grundlage dafür erhalten, dass sie jederzeit unterhalten, zeitgemäss erneuert und umgebaut werden dürfen. Mit der Zusammenlegung von kleinen Wohnungen zu grosszügigen, liesse sich gesuchter, hochwertiger Wohnraum schaffen. Auch abreißen und neu bauen dieser Häuser müsste möglich sein. Dies entspricht dem, was der Stadtrat Baden dem Einwohnerrat beantragt hat. Das wären Alternativen zum allmählichen Verfall.

Geben Sie dem Gemeinderat die Möglichkeit, uns zu erklären, wie er die städtebaulich heikle Frage rechtlich korrekt zu lösen gedenkt. Zum Beispiel durch einen Hochhausartikel in der BNO.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir haben rechtlich die gleiche Ausgangslage wie bei der vorhin behandelten Motion betreffend Erhöhung der Gebäude- und Firsthöhen in der Kernzone. Die vom Einwohnerrat und vom Regierungsrat erst kürzlich beschlossene, revidierte Nutzungsplanung verfolgt das Ziel einer Innenentwicklung durch Abschaffung der Ausnützungsziffer in der Kernzone. Eine Hochhauszone wurde dabei nicht in Betracht gezogen. Mit der gültigen BNO ist in der Kernzone bereits eine Gebäudehöhe von 16 Metern möglich, was fünf Voll- und einem Attikageschoss entspricht.

Die Prüfung des Postulats würde die detaillierte Erarbeitung einer räumlichen Entwicklungsstrategie für das ganze Gemeindegebiet notwendig machen. Im Rahmen dieser Untersuchung müssten auch die brachliegenden Innenentwicklungspotentiale erhoben werden. Bei der Eignung von Gebieten für Hochhauszonen, könnte aufgrund der Rechtssicherheit für die Eigentümer, in den nächsten Jahren, keine daraus resultierende, grundlegende Revision der Bau- und Nutzungsordnung erfolgen.

Es stellt sich generell die Frage, ob Hochhäuser für ein „verstädtertes Dorf“ wie Wohlen passend sind. Im heutigen Siedlungsgefüge im Zentrum sind Hochhäuser wegen dem notwendigen Platzbedarf, zum Beispiel erhöhte Gebäudeabstände, nicht realisierbar. Hochhäuser weisen zudem keine höheren, wenn nicht gar geringere Einwohnerdichten auf, als kompakte Siedlungsstrukturen wie Blockrandbebauungen. Urbanität, im Sinne einer hohen Dichte an sozialen Interaktionen, ist durch Hochhäuser nicht erreichbar. Hochhäuser sind eher eine Form von „gestapelten Einfamilienhäusern“, die jedoch, aufgrund des fehlenden Bezugs zur Umgebung, für Familien als ungeeignet einzustufen sind. Hochhauszonen am Siedlungsrand sind nicht im Sinne einer Zentrumstärkung.

Da die Anregungen aus einer Bearbeitung des Postulates in den nächsten Jahren nicht in die BNO aufgenommen werden können, ist der Zeitpunkt für eine Bearbeitung ungeeignet. Die Prüfung des Anliegens ist aus raumplanerischer Sicht nur im Rahmen einer gesamtheitlichen strategischen Betrachtung des Siedlungsgebietes von Wohlen sinnvoll. Ei-

ne punktuelle Betrachtung von Hochhauszonen ist, wegen der weitreichenden städtebaulichen Konsequenzen, nicht zweckmässig. Für die Prüfung von Hochhauszonen ist eine gesamtheitliche strategische Betrachtung der angestrebten Entwicklung des Siedlungsgebietes von Wohlen notwendig. Eine Bearbeitung des Postulates wird zum jetzigen Zeitpunkt als nicht zielführend angesehen und bindet unnötig Ressourcen. Der Gemeinderat lehnt die Entgegennahme des Postulats daher ab. Der Gemeinderat bittet den Einwohnerrat, das Postulat abzulehnen.

Fraktionsmeinungen

Gallati Jean-Pierre, SVP: Erstens: Dass heute einige bestehende Hochhäuser illegal sind ist bekannt, bedeutet aber nicht, dass eine Hochhauszone geschaffen werden muss. Die bestehenden Gebäude sind besitzstandsgeschützt. Sie dürfen unterhalten und zeitgemäss erneuert werden, null Problem. Zweitens: Es ist noch schlimmer, denn beim Neubau einer Mobilfunkantenne 2004 hat sich herausgestellt, dass bei einem Hochhaus, ich sage jetzt nicht, um welches es sich handelt, anfangs der siebziger Jahre noch ein Geschoss mehr erstellt wurde, als bewilligt war. Als man die Strahlung und die Distanz gemessen hat, hat jemand die Geschosse gezählt und festgestellt, dass das Haus drei Meter höher als erlaubt ist. Es ist nicht nur illegal weil es keine Hochhauszone ist, sondern auch, weil man höher gebaut hat als erlaubt war, bereits vor 40 Jahren. Drittens: Gibt es in Wohlen wirklich zu wenig Hochhäuser? Das ist eine ernstgemeinte Frage, möchte jemand wirklich mehr Hochhäuser haben in Wohlen? Ich behaupte, dass ein grosser Teil unserer Sozialfälle und der Sozialgelderproblematik in diesen Hochhäusern entsteht. Um es auf den Punkt zu bringen: Fischerhüslweg und andere. An und für sich sollte man eher das Gegenteil davon tun, lehnt bitte diese Motion ab.

Severa Jan L., FDP/Dorfteil Anglikon: Ich weiss, dass man sich heute eine Wohler Skyline nur schwerlich vorstellen kann oder will, das kann ich nachvollziehen. Ich stelle jetzt einmal in den Raum, dass das irgendwann einmal notwendig werden wird. Gerade deshalb ist aus meiner Sicht eine weitsichtige Planung von Vorteil. Das Postulat ist kein Auftrag zur Umsetzung, sondern ein Auftrag abzuklären, ob eine Umsetzung überhaupt möglich wäre. Genau so eine Planung braucht es, diese einem ideologisch geprägten Dorfimageerhalt zu opfern, finde ich falsch. Wenn wir nicht wollen, dass uns der Fortschritt eines Tages einfach überholt, dann sagen wir heute Ja zu der Überweisung des Postulats. In Zürich-West werden nur Hochhäuser gebaut. Wir müssen keine Slums bauen, sondern hochwertigen Wohnraum schaffen. Unsere Fraktion sagt einstimmig Ja zur Überweisung des Postulats.

Keller Anna, Grüne/SP: Wir werden dem Postulat nicht zustimmen. Hochhäuser benötigen nicht einfach weniger Platz, wie man zuerst denken könnte, sondern schaffen neue Probleme. Die Parkplätze für so viele Wohnungen brauchen Platz, der grosse Schattenwurf erfordert die entsprechenden Abstände, und so weiter. Es kann nicht alles mit der Gebäudehöhe gelöst werden, und die Gebäude müssen auch in das Ortsbild passen. Mit der jetzigen BNO darf bereits hoch gebaut werden. Wenn wir uns vorstellen, dass das Vögelegebäude wirklich so viel höher werden kann, dann finden wir das schon sehr hoch.

Lehmann Sandra, GLP/EVP: Wir lehnen das Postulat ab, mit der gleichen Begründung wie bei der vorhergehenden Motion. Bei Hochhäusern für reines Wohnen müsste man weiter prüfen, wie ein solches Quartier aussehen könnte und wie viel Abstand die Häuser haben müssten. Die Erstellung eines Hochhauses bringt nicht unbedingt mehr Wohnraum, da meistens auch viel Grünfläche erstellt werden muss, es gibt da viele ungeklärte Fragen. Die bestehenden Hochhäuser haben ja einen Schutz, sie dürfen umgebaut und weiter genutzt werden.

Einzelvoten

Brunner Edwin, SVP: Wollen wir in Wohlen wirklich Hochhauszonen schaffen? Wohlen wird bekanntlich auch Kleinparis genannt. Wollen wir wirklich neu zum Kleinspreitenbach werden? Nein danke! Den Landverschleiss können wir auch anders eindämmen, ganz sicher nicht mit dem Bau von Hochhäusern in unserer ländlichen Gemeinde. Wenn die Masseneinwanderungsinitiative konkret umgesetzt wird, benötigen wir sowieso weniger Neu- und Umbauten. In die geplanten Hochhäuser würden sicherlich keine gut situierten Neuzuzüger einziehen, für diese haben wir übrigens den Rebberg reserviert.

Wille Franz, CVP: Der wichtigste Punkt ist, dass es diese Häuser bereits gibt. Sie haben einfach keine genügende Rechtsgrundlage, man kann sie zwar unterhalten aber wesentliche Umbauten, wie das Anbringen grösserer Balkone oder das Zusammenlegen von Wohnungen, sind heute wahrscheinlich nicht möglich. Die Hausbesitzer werden sich hüten, sich überhaupt solche Gedanken zu machen. Wenn wir die Struktur verbessern wollen, müssen wir dazu Hand bieten. Das Ortsbild wurde bereits genannt, es ist so, dass mitten in den Wohngebieten Hochhäuser stehen. Wir müssen also Sorge dazu tragen und schauen, dass diese Häuser nicht vergammeln.

Ich bin froh um die Unterstützung der FDP in dieser Frage und appelliere noch einmal an Sie: Es geht zuerst einmal um einen relativ einfachen Paragraphen, der wenigstens die rechtliche Grundlage bieten würde. Der einzige Vorteil, den ich heute bei unseren Vorstössen sehe, ist, dass wir seit langem wieder einmal erleben, dass die SVP den Gemeinderat unterstützt.

Abstimmung

Das Postulat 13004 betreffend haushälterische Nutzung des Baugebiets durch Schaffung von Hochhaus-Zonen.

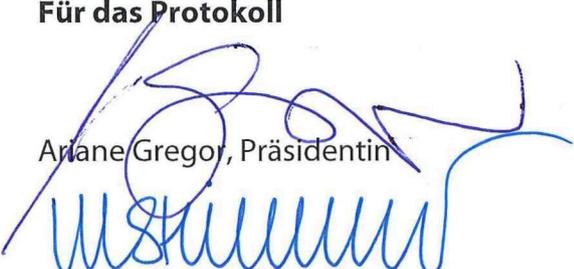
wird mit 15 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgewiesen.

Gregor Ariane, Einwohnerratspräsidentin:

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 23. Juni 2014 um 18.00 Uhr statt.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll



Ariane Gregor, Präsidentin

Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.